

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sieben gespaltene Zeilen oder deren Raum 180 Hg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Hg., Reklamen 500 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 281.

Mittwoch, den 1. Dezember 1920.

27. Jahrgang.

Was wird aus Sowjet-Rußland?

Lenin hat wieder einmal eine Rede über die gegenwärtige Lage der Sowjet-Republik Moskau gehalten, über die von den Korrespondenzbüros berichtet wird. Das Oberhaupt der russischen Räterepublik feiert darin den an sich ungünstigen Frieden, den sie zu Riga mit Polen schloß, als einen schlaun taktischen Zug, durch welchen es dem roten Heere möglich wurde, den General Wrangel entscheidend zu schlagen und ganz Südrußland unter die Herrschaft Moskaus zu bringen. Durch diesen Sieg habe Sowjet-Rußland eine außerordentliche lange Atempause erreicht; denn die bürgerlich kapitalistischen Staaten müßten nunmehr den Krieg gegen Moskau einstellen, obwohl der Kapitalismus vom Kriege lebe. Diese Atempause müsse Rußland zum Wiederaufbau, insbesondere zur Herstellung einer mütterlichen Ordnung und zur Elektrifizierung des ganzen Landes ausnützen. Freilich sei es auch möglich, daß es in Klein-Asien bald zu einem neuen Kriege komme.

Diese Schlussbemerkung Lenins ist eine unverhüllte Drohung gegen die demokratisch-sozialistische Republik Georgien, deren Dasein, Freiheit und Wohlstand den Rätegewaltigen Moskaus schon lange ein Dorn im Auge ist. Ein Vorwand zum Angriff ist ja leicht gefunden, wenn man ihn sucht, aber die Moskauer Machthaber sollten sich darüber nicht täuschen, daß sie bisher in den Kämpfen gegen die reaktionären Generale, gegen Polen und die Entente-Staaten deshalb und nur deshalb gefiegt haben, weil die Sympathie der westeuropäischen Arbeiter mit ihnen und für sie kämpfte. Einen Angriff auf das demokratisch-sozialistische Georgien würde hingegen die ganze westeuropäische Arbeiterschaft mit Unterstützung als einen gegen sich selbst gerichteten Angriff zurückweisen.

Ob die Sowjet-Republik Moskau imstande ist, im Frieden zu leben, darüber bestehen verschiedene Meinungen. Ihre großen Aufbaupläne hat sie wiederholt entwickelt, aber bisher noch nichts davon durchführen können. Es ist nicht gerade sehr wahrscheinlich, daß die Rotgardisten sich ohne weiteres in eine Armee produktiver Arbeit werden umwandeln lassen. Aber darin wird man Lenin Recht geben müssen: an einen gewaltsamen Sturz der Herrschaft der Bolschewisten in Moskau ist gegenwärtig kaum zu denken. Man sieht weder von außen, noch von innen die Macht, die das vollbringen könnte. Die Kriegszüge gegen Rußland sind kläglich gescheitert, und ihre Wiederaufnahme würde, wenn man sie überhaupt veruchte, zu keinem besseren Ergebnis führen. Das Land ist zu weit und zu groß, als daß es überhaupt militärisch unterworfen werden könnte.

Aber auch im Innern des Landes fehlen die Kräfte, welche die Machthaber von Moskau stützen könnten, gleichviel ob das russische Volk sich unter seinen gegenwärtigen Beherrschern wohler fühlt, als unter dem Zaren oder nicht. Die russischen Städte sind entvölkert, und was dort noch übrig ist, sind zu einem erheblichen Teile Leute, die mit ihrer ganzen Existenz am Weiterbestand der Sowjetherrschaft interessiert sind. Entscheidend aber ist die ungeheure Mehrheit der Landbevölkerung, die überhaupt keine Regierung anerkennt. Der Bauer hat das Land; ihm gehört, was darauf wächst. Er hat sich wieder daran gewöhnt, wie vor 800 Jahren, alles, was er braucht, selbst zu produzieren. Er hämmert selbst seine Ägeln zurecht. Er weht selbst seinen Angulstoff. Er ist in die reine Naturalwirtschaft, das frühe Mittelalter zurückgefallen. Jedes russische Dorf ist heute eine Festung, ausgestattet mindestens mit Gewehren und Maschinengewehren, vielfach sogar mit Artillerie. Der Glaube, daß die Wiederherstellung des Friedens die Wiederaufnahme des Handels mit Sowjet-Rußland möglich machen würde, ist eine Illusion. Wer heute als Händler nach Rußland käme, müßte bewaffnet sein, um nicht einfach beraubt zu werden. Und auch wenn er mit seinen Waffen keinen Mißbrauch treibt, und sie wirklich nur zum Schutze friedlichen Austausches verwendet, wird er auf das stärkste Mißtrauen des russischen Bauern stoßen, der in jedem Fremden den „Herren“ sieht, der ihm sein Land wieder wegnehmen möchte. Ueber diese Dörfer hat auch die Räteregierung in Moskau sehr wenig Gewalt. Je gründlicher die Vorräte der Vergangenheit aufgezehrt werden, umso mehr werden Städte verfallen; denn der Bauer denkt nicht daran, sie zu unterhalten. Die kapitalistische Organisation ist in Rußland, in das sie von außen her künstlich hineingetragen worden war, heute bereits so gründlich zerstört, daß die Wiederherstellung des normalen Verkehrs zwischen Stadt und Land unmöglich erscheint. Deshalb sinkt der Bauer zum Halbtier herab, aber die Stadt verhungert und stirbt aus.

Lenin hat in seiner Rede darüber gesagt, daß die Weltrevolution nicht so rasch fortgeschritten sei, wie die Bolschewisten das erwartet hätten. Das Bild Sowjet-Rußlands hat wirklich nicht dazu angereizt, revolutionär im bolschewistischen Sinne zu werden. Aber Lenin hat sich getrübt, daß Sowjet-Rußland jetzt stark genug sei, zu warten. Auch wir glauben an einen baldigen Sturz der russischen Räterepublik nicht. Aber wir glauben noch viel weniger daran, daß die großzügige wirtschaftliche Neuorganisation gelingen wird. Es wird vielmehr ein elendes, langsames, Dahinwieder, ein allmählicher Untergang aller Kultur in Rußland werden. Auf dieser schiefen Ebene ist man schon viel zu tief

hinabgerutscht, als daß man sich noch herausarbeiten könnte. Der Bolschewismus hat den Beweis erbracht, daß er nicht vorwärts zum Sozialismus führt, sondern rückwärts ins finstere Mittelalter. Er hat den Kapitalismus zerstört, aber mit ihm nicht nur die kapitalistische Kultur, sondern jede Kultur überhaupt. Die Sowjet-Republik Moskau hat Rußland und die ganze Welt unendlich weit in der Entwicklung zurückgeworfen. Wahrscheinlich muß die von Lenin und seinen Jüngern herbeigeführte Entwicklung noch viel tiefer in die Barbarei hinabführen, ehe von außen her die sehr langsame, wahrscheinlich viele Generationen erfordernde Wiederaufrichtung Rußlands beginnen kann.

Deutscher Reichstag.

Wirtschaftsdebatte.

Nachdem sich der Reichstag durch die zahlreichen Kleinen Anfragen, deren Verlesung allerdings das Wort „klein“ in etwas seltsamem Sinn apostrophiert — durchgearbeitet hatte, wurde die Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Sie verhandelte, noch ehe sie recht begonnen hatte.

Der deutsche Volksparteiler Dr. Hugo begann. Das heißt natürlich, daß er die mit bemerkenswerter Wucht ins Treffen geführten Mäne der deutschen Volkspartei über den Schellenkönig lobte, jene Mäne, die in autonomen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern und im Arbeitsdienstjahr gipfeln. Daß natürlich der Liedling Scholz des Abg. Hugo vollste Liebe genießt, brauchte er nicht besonders zu versichern. Bezeichnend aber für die Kühnheit der wiedererstarbten wirtschaftlichen Reaktion ist ihr anscheinend von einem Sieg getränkter Vorstoß gegen die Sozialisationskommission, an deren Stelle Herr Scholz bereits einen Ausschluß des Reichswirtschaftsrates ankündigte. Auch die Kampfstimmung gegen jede Form von Sozialisierung, die sich besonders in einem Zwischenruf gegen den Abg. Genossen Scholz enthielt, zeigte, daß die wirtschaftliche Reaktion ihre Zeit für gekommen hält, um die Liquidierung der Revolution zu beenden.

Da war es darum doppelt angenehm zu hören, wie sich der Rechtsunabhängige Jäckel mit großer Begeisterung in den Kampf gegen diese reaktionären Pläne stürzte, und vor allem auch auf die Notwendigkeit der geschlossenen Front der sozialistischen Arbeiter hinwies. Weniger war es seine wirtschaftliche Argumentation, die besonders angenehm auffiel, als vielmehr seine politische Einstellung, die den Herren der Rechten sichtlich unangenehm in den Ohren klang. Seine Drohung, daß die Reaktion nur nicht allzuehr auf die Uneinigkeit der Arbeiterschaft spekulieren möchte, wird umso mehr an Gewalt gewinnen, je mehr jene Kreise der Wiederaufbaupartei fortfahren, durch den Bruch von Versprechungen und durch lügenhafte Vortäuschungen die Arbeiterschaft um die von ihr als notwendig erkannte und mit allen Mitteln zu erkämpfen bereite Sozialisierung zu betrügen.

Der Demokrat Reinath fand sich natürlich in Liebe zu Dr. Hugo, und am Schluß war es glücklich so weit, daß der gemäß sinnesfreundliche Wirtschaftsminister Scholz erklären mußte, daß er nicht so reaktionär sei, wie die beiden bürgerlichen Redner; er sagte es allerdings mit anderen Worten, indem er als Bekenntnis seiner schönen Seele enthielt, daß auch ihm die allen Bindungen befreite Wirtschaft (lies: ungehemmte Profitwirtschaft!) das Ideal seiner Träume sei, daß er aber zu diesem Ideal ganz allmählich besser und dauerhafter zu gelangen vermeine, als dies die beiden Vertreter der bürgerlichen Profitwirtschaft für nötig halten.

Der Bayer. Volksparteiler Jaud sang ein bewegliches Klage Lied über die Not des Handwerks und des Gewerbes, wobei er allerdings den Grundfehler beging, an die Einsicht der Industrie zu appellieren, ohne welche die ganze schöne und brave Handwerksgehilfenbewegung zusammensinken würde — statt zu erkennen, daß die unaufhaltbar fortschreitende Verelendung der Wirtschaft auch die Klasse der Gewerbetreibenden und des Handwerks unentrinnbar in die immer größer werdende Klasse des Proletariats hinabstößt, an dessen Seite deshalb allein sein Platz sein kann, allein auch sein Sieg.

30. Sitzung.

Berlin, Dienstag, 30. November, 1 Uhr nachm.

Am Regierungstisch: Scholz, Koch.

Kleine Anfragen.

Auf einen Hinweis des Abg. Wolff (SD.), daß in Tilsit eine Anzahl Miete verurteilt wurden, die in gutem Glauben nur den Höchstmietebetrag plus 20 Proz. gezahlt haben, erwiderte die Regierung, daß sie mit diesem Entscheid nicht einverstanden sei, und daß auch das Amtsgericht Tilsit die Verordnung des Ministeriums für Volkswohlfahrt vom Dezember 1919 als rechtsunwirksam anerkennen müsse.

Siebesgabenleistungen als Gehälter zum Selbstverbrauch — Anfrage Frau Wende (DAP.) — aus dem Auslande sind zugelassen.

Gegen die Notendankerei — Anfrage des Abg. Dauer (Bayer. Volksp.) — wird streng vorgegangen. Die der Steuerhinterzogenen Beträge verfallen zugunsten des Reichs.

Auf Beschwerde des Abg. Simon-Schwaben (SD.) über die Verwendung von Ackerland zu einer Reitschule in Wiblingen,

wodurch 14 Unteroffiziersfamilien ihr Pachtland verloren haben, wird erwidert, daß die Anlage notwendig war und daß es sich um Familien ehemaliger Unteroffiziere handle, während das übrige Pachtland den Reichswirtschaftsbeamten zufomme.

Abg. Dorisch-Eisen (DAP.) beschwert sich darüber, daß die heftige Regierung gegen und verfallenswidrig die Zwangswirtschaft für Kartoffeln wieder eingeführt hat. Darauf erwidert die Reichsregierung, daß sie den Erlaß dieser Verordnung, der mit Zustimmung der heftigen Kammer erfolgt ist, nicht billigen könne und mit der heftigen Landesregierung in Verhandlungen über die Aufhebung der Verordnung stehe.

Auf eine Anfrage des Abg. Ziegler-Westfalen (Dem.), was die Reichsregierung bei Fällen von Gesinnungszwang gegenüber einem anderen Gewerksverein angehörigen Arbeitern durch die freien Gewerkschaften zu tun gedenke, wird erwidert, die Reichsregierung beabsichtige nicht, vor der allgemeinen Regelung des Koalitionsrechts gesetzliche Maßnahmen zu treffen, sie hege aber die Erwartung, daß solche Fälle von Gesinnungszwang in Zukunft sich nicht wiederholen werden.

Auf Anfrage des Abg. Merkel (Unabh.) über die steigende Wohnungsnot infolge Aufhebung des Zugangsverbots antwortet die Regierung, daß die Durchführung von Neubauten von der Beschaffung der erforderlichen Mittel abhängt. Sie sollen durch die Erhebung einer Abgabe gesichert werden.

Anträge auf Einleitung von Strafverfahren gegen die Abg. Karkner (Unabh. links), Dr. Heim (Bayer. Volksp.), Dr. Pfeiffer (3.) und Merkel (Unabh. rechts) werden abgelehnt.

Abstimmung über die Streitverordnung.

Es folgt die zurückgehaltene Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Streitverordnung des Reichspräsidenten.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.), der die Verordnung billigt, jedoch ihre nunmehrige Aufhebung fordert, wird abgelehnt, ebenso ein Zusatzantrag Bergl (RN.) gegen die Stimmen der Antragsteller. Der Zusatzantrag Schiffer (Dem.), zur Lage (3.), Leicht (Bayer. Volksp.) und Siresemann (DAP.), der anscheinend an den Antrag Malkahn (Unabh. links) über die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung der Antritte eines obligatorischen Schlichtungsgesetzes verlangt, wird mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Darauf zieht Abg. Malkahn seinen Antrag zurück, den Abg. Schiffer nun von sich aufnimmt. (Beifall und Heiterkeit.) Da die Abstimmung über den von Abg. Schiffer aufgenommenen Antrag Malkahn zunächst zweifelhaft bleibt, ist Sammelprunng notwendig. Da die Deutschnationalen jetzt dafür stimmen, wird er mit 174 bürgerlichen gegen 143 sozialistische Stimmen angenommen. (Beifall und Heiterkeit.)

Darauf wird die Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Hugo (DAP.): Unter dem Druck des Friedensvertrages kann die deutsche Wirtschaft nicht gefunden. Deshalb müssen Regierung und Volk mit aller Energie den Kampf gegen jenen Vertrag fortsetzen. Mit den vom Reichswirtschaftsminister gezeichneten Richtlinien sind wir einverstanden. Mit der Verminderung des Beamtenapparates und nicht zuletzt mit der unmäßig angeschwollenen Verordnungsflut muß ernst gemacht werden. In der Sozialisierungsfrage unterstützen wir die Haltung der Regierung; denn wir sind gegen jede Ueberhebung dieser so unendlich wichtigen und folgenreichen Angelegenheit. Darum kümmern wir uns auch nicht darum, wenn die Sozialdemokraten dabei nichts werden. (Anruhe links.) Die Forderung auf Kommunalisierung des Lebensmittelhandels lehnen wir rundweg ab, denn sie ist nur eine Parteifrage. (Zuruf des Abg. Hoch: Für Sie eine Profitfrage!) Bei dem Mangel an Verantwortlichkeitsbewußtsein, wie es sich im Berliner Elektrizitätsstreik gezeigt hat, würde der städtische Betrieb der Lebensmittelversorgung nur ungeheure Gefahren bedeuten. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Wir verlangen erfolgreiche positive Arbeit und glauben, daß die Vorschläge der Regierung zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft beitragen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Jäckel (Unabh. links): Die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands zeigt alle Merkmale des Verfalls. Auch die Partei des Wiederaufbaues hat keine Besserung gebracht. Der Minister hat außer den Grundrissen des Herrn Stinnes keine positiven Vorschläge gemacht. Die Sozialisierung des Herrn Stinnes gibt dem Arbeiter keinen Einfluß auf die Produktion. Sein Ziel ist, daß 10 Milliarden sich ganz Deutschland tributpflichtig machen. Wir fordern die Sozialisierung der Schlüsselindustrien.

Abg. Reinath (Dem.): Die Sozialisierung ist abzuschmen, denn sie würde keine Hebung der Arbeitsfreudigkeit bringen. Die Sozialisierungskommission entspricht nach Schaffung des Reichswirtschaftsrates keinem Bedürfnis. Für die weitere Kommunalisierung sind wir mit Rücksicht auf den Mittelstand nicht zu haben, wir lehnen es ab, Experimente mitzumachen, dessen Anhänger uns nicht einmal die Einzelheiten dieser Maßnahmen mitteilen. Trotz mancher Reden gegenüber der Konzentration großer Konzerne glauben wir, daß diese Räume nicht in den Himmel wachsen. Die freie Wirtschaft wird sich unbedeutend vorwärtlicher erweisen als die Amonaswirtschaft. Mit der Ausfuhrernte aus einzelnen Gebieten des Reiches muß endlich einmal ein Ende gemacht werden. Eine besondere Note folge der achtunden Wirtschaft ist die Konzentration. Für die Konzentration der Einfuhr besteht im allgemeinen kein Grund. Die Nautität muß mit finanziellen Mitteln gehoben werden. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, um wieder produktive Arbeit zu leisten, dann werden wir auch wieder hoch kommen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Die Auffassung der Abg. Dr. Hugo und Reinath über unsere Wirtschaft ist im wesentlichen die meine. In der Befreiung der Wirtschaft von einem Zwange, wie ich das meine. Viele Befreiung darf aber nicht stöcklich eintreten. An erster Linie müssen bei jeder Wirtschaft die Verbraucherinteressen stehen. Der Minister kündigte eine Konferenz mit der Einführung des Vorkontrollens einhändig an. An der Öffentlichkeit des Haus-

ingen Auszug des Reichstages... Sozialversicherungscommission in Verbindung stehen. Ich bereite keine Dispositionen vor. Die Zahlen über die französischen Kosten...
Abg. J. A. (Wapz. Sp.): Nur eine möglichst freie Wirtschaft kann unsere Produktion fördern. Der Redner tritt für die systematische Unterstützung des Handwerkes ein.
Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr. Kleine Vorlagen. Weiterberatung.
Schluß 7 Uhr.

Sturm im Preussenparlament.

Die Enteignung der Hohenzollern. Annahme der Verfassung.

III. Berlin, 30. November.

Am Ministertisch: Seevering, Am Jahnhoff.
Präsident Veinert eröffnet die Sitzung um 11,25 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Verfassung des Reiches Preußen. Die Beratung wird beim Paragra. 63 fortgesetzt, zu dem ein Antrag Hauschild (Soz.) auf Uebertragung des Vermögens der Hohenzollern an die Republik Preußen ohne Entschädigung vorliegt.
Abg. Heilmann (Soz.): Für jede Million, die wir den Hohenzollern ausgeben, müssen wir eine Million mehr an die Entente zahlen. Die andere Position wird erheblich erschwert, wenn die Vermögensabfindung der Hohenzollern in der geplanten Art durchgeführt werden sollte. (Hört, hört! links.) Ich bestreite noch einmal, was der Abg. Cohn (USP.) im Ausschuss wiederholt erklärt hat: Wir denken nicht daran, die Entschädigungsfrage heimlich oder geschickt zu behandeln. Nach strengstem Recht dürfte Wilhelm II. seinen Lohn bekommen. (Lebhafte Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Wer entschädigt denn die Kriegsbeteiligten und Auslandsdeutschen? Als es sich um die Entschädigung des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen handelte, da hat auch Bismarck den Standpunkt vertreten, daß Dotationen nicht auf Kosten des Landes gewährt werden dürften. Bismarck hat geradezu ausgesprochen, daß man nur das Beispiel von Großmüttern geben solle. Zwar hat Wilhelm II. auf den Thron verzichtet, aber schon zeichnet er wieder „Wilhelm Herz.“ Bewußt spielen die Hohenzollern eine Prätendentenrolle. Dafür wollen wir nicht noch das Geld des Staates hingeben. Sie sollen nicht hungern, aber es soll auch die Republik in Sicherheit gehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch juristisch läßt sich der Vergleich nicht halten. Schloß und Park Sartow werden als Eigentum anerkannt. Ein Reichshofen dafür ist nicht vorhanden. Das gleiche ist der Fall mit Babelsberg. Prinz Wilhelm von Preußen hat es für den Ruhmserwerb erworben, für ganze 956 Taler und 6 Pfennige. Das Grundstück hat heute einen Wert von 27 Millionen Mark. (Lebhafte Hört, hört! links.) Eine große Anzahl von Häusern spricht man den Hohenzollern zu, zu denen größtenteils die Aktien für die zugrundeliegenden Rechtsvorgänge fehlen. Das Akademiediertel hat Miquel im Jahre 1900 von den Hohenzollern für 14,5 Millionen Mark gekauft, obgleich es Staats-eigentum war. (Erneutes Hört, hört! links.) Das Justizministerium der Hohenzollern hat die Anschaffung vertreten, die Kronrente sei ein Recht des Staates. Das frühere Gutachten aus dem Jahre 1910 hat auch Herr Hergt gefunden, und doch verteidigte er den Vergleich im Februar. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! Zurufe links: Schließung!) Geben Sie unserem Vortrage Annahme oder nicht: die Hauptsache ist, daß es zu einem Vergleich auf Grund der richtigen Rechtsauffassung kommt, für die der Demokrat Schädigungsmittel Material beigebracht hat. Es wird sich herausstellen, daß ein Milliardenvermögen der Hohenzollern nie bestanden hat. Das alte Heer ist dahin, auch die alte Verwaltung ist nicht mehr. Auch die Justizpflege wird auf eine andere Grundlage gestellt werden müssen. Sie darf nicht länger die Dirne des Staates sein. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Sie darf noch weniger herabgewürdigt werden zur Dirne der Reaktion. (Wiederholter Lärm rechts. Pfuirufe. Gegenrufe links. Minuten-langer Lärm.) Es gibt keinen Weg zurück; auch keinen Weg zurück zum Vermögen der Hohenzollern. Es gibt nur einen Weg für unser Volk: Vorwärts und wieder aufwärts! (Langanhaltender Beifall bei den Soz.)

(Geheimrat Kähler (Justizministerium): Als Vorsitzender der Auseinandersetzungscommission nehme ich die angegriffenen Herren dieser Kommission in Schutz. (Lebhafte Beifall rechts.) Diese Männer haben ihre Pflicht getan auf der Grundlage des Rechts. (Beifall rechts. Unruhe links.)
Zum Kapitel 63 der Verfassung liegt ein Antrag Dr. Porisch (Zentrum) vor. Danach sollen die vom König bisher den Religionsgesellschaften gegenüber ausgeübten Rechte im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung geregelt werden. Die Befugnisse, die nach der früheren Verfassung, Verordnungen und Verträgen dem König zustanden, gehen auf das Staatsministerium über. Der Antrag wird unter Streichung seines letzten Absatzes, wonach die Rechte, die bisher vom König auf Grund von Verträgen mit dem päpstlichen Stuhl ausgeübt wurden, durch eine neue Vereinbarung geregelt werden sollen, vom Hause angenommen.

Der Paragraph 63a behandelt die Aufhebung des bestehenden Patronsats. Er wird angenommen unter Streichung des letzten Absatzes, wonach es bezüglich des fisciellen Patronats bis auf weiteres bei den bestehenden Bestimmungen verbleibt.
Kapitel 69, das vom Inkrafttreten der Verfassung handelt, wird in einer Form angenommen, wonach die Verfassung am Tage ihrer Verkündung in Kraft tritt mit Ausnahme der Bestimmungen über den Staatsrat und über die Selbstverwaltung. Die Bestimmungen dieses Kapitels, Paragraph 24 bis n, Paragraph 58, Absatz 1 und Paragraph 63a sollen erst in Kraft treten, wenn die Trennung der Provinziallandtage erfolgt ist.
Darauf legte das Haus die Besprechungen über den sozialdemokratischen Antrag wegen der Entschädigung der Hohenzollernhauses fort.

Abg. Kaufmann (DN): Dem Antrage Hauschild, welcher Abg. Heilmann beirätet hat, widersprechen wir aufs schärfste. Wir weisen keine bedenkenlose Vermögensübergabe als unter unserer Würde zurück. (Großer Lärm links. Glocke des Präsidenten.) Was der Abg. Heilmann vorgebracht hat, hat zum größten Teil mit dem Antrage nichts zu tun. Man will nur für die Wähler Stimmung machen. (Lebhafte Widerspruch bei den Soz.) Der Antrag spricht gegen jedes Recht und Gerechtigkeit. (Erneuter Lärm bei den Soz.) Wir haben nur Entörung dagegen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie stellen damit eine Gruppe von deutschen Staatsbürgern unter ein Ausnahmefestgesetz. (Andauernde Zwischenrufe links.) Wir sind nicht Anhänger des Wortes, daß Eigentum Diebstahl sei. (Zurufe bei den Soz.: Wir auch nicht.) Adolf Hoffmann (USP, links) ruff: Hier ist es so! Etwas so Fadenweines und Inhaltloses wie die Begründung dieses Antrages ist uns noch nicht vorgekommen. Wir sind gewohnt, daß Recht auch Recht bleibt. (Schallendes Gelächter links.) Es handelt sich nicht nur um einen Rechtsbruch, sondern um die Entwürdigung des ganzen Vergleichs. Alle nichtsozialistischen Mitglieder des Ausschusses werden mir darin zustimmen, daß es möglich war, mit anzusehen, wie unerhört Herr Lüdemann (der preussische Finanzminister. Red. v. L. B.) mit seinen jungen Seiten aufgereizt ist. (Bei diesen Worten legt ein solcher Seiten auf der Bank ein. Ministerlanges Zwischenrufen ertönen. Man hört ununterbrochen Schlußrufe. Bis der Redner verzicht, weiter zu sprechen, legt der Lärm immer stärker ein. Vizepräsident Frenkel schwingt unruhig die Glocke. Von der äußersten Linken wird eine Papiertafel gegen die Tribüne geworfen. Der Lärm legt sich erst, als das Wort des Vizepräsidenten durchdringt, daß die Sitzung unterbrochen sei.)
Schluß gegen 3 Uhr.

leben, wie Herr Finanzminister Lüdemann mit seinen jungen Herren auftrat. Ich erinnere nur an den, der an seiner Stelle als Bevollmächtigter sprach. So lautet die Stelle im Stenogramm. Man wird diese Aeußerung nicht geschmackvoll finden, aber eine Befehdung des Finanzministers stellte sie nicht dar. Ich frage den Abg. Kilian (Unabh. links): Nein.
Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. links): Zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, den Papierballen den Hohenzollern zu überweisen. (Stürmische Heiterkeit links. Anhaltende Pfuirufe rechts.)

Vizepräsident Dr. Frenkel: Wir fahren in der sachlichen Beratung fort.
Abg. Kaufmann (DN): (Während der Ausführungen des Redners herrscht bei den Mehrheitssozialisten große Unruhe. Ein Teil von ihnen verläßt den Saal.) Das Hohenzollernhaus steht viel zu hoch, als daß man es gegen Ihre Angriffe in Schutz nehmen muß. (Lebhafte Zwischenrufe links: Viel zu nieder! Es zeigt das, wie recht wir mit unserer politischen Ueberzeugung haben! (Ein linksunabhängiger wirft unter großer Heiterkeit der sozialistischen Gruppen ein aus Wappe geschnittenes großes Eisernes Kreuz dem Redner entgegen. (Große Unruhe und Pfuirufe rechts.) Die Gründe des Abg. Heilmann können unsere Ueberzeugung nicht ändern. (Stürmischer Beifall rechts. Hurruufe bei den Soz.)

Abg. Dominicus (Dem.): Wir bedauern die Vorfälle, die sich bei der Rede des Abg. Dr. Kaufmann ereignet haben aufs lebhafteste. Das heutige Verhalten der sozialistischen Parteien erscheint uns als offensichtlicher Widerspruch zu ihrem Nationalenbedürfnis (Vornehme Unterbrechung links) und den Maßnahmen ihrer führenden Männer. Wir werden gegen den Antrag Hauschild stimmen. (Beifall bei den Demokraten.)
Abg. Herr Hoffmann (Z.): Wir lehnen die Rechtsausführungen des Herrn Heilmann entschieden ab. Die Auseinandersetzungsfrage gehört überhaupt nicht hierher. Sie ist Sache des Rechtsausschusses.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. links): Das Auftreten des Abg. Kaufmann zeigt, daß wir noch keine Revolution gehabt haben. Zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit ist kein Geld da, millionenfach soll es aus dem Lande gehen. Wir lehnen jede Rente für die Hohenzollern ab.
Abg. Dr. von Richter (DN): Die Hohenzollern stehen uns zu hoch, als daß wir uns mit anderen streiten würden. Wir lehnen den Antrag ab. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Ludwig (Unabh. rechts): Mit Worten vom Schlage des Herrn Richter kann man in diesen Fragen nicht reden.
Abg. Heilmann (Soz.): Ich halte alles, was ich über Herrn Hergt gesagt habe, aufrecht.
Abg. Hergt (DN): Die Behauptungen des Abg. Heilmann sind unzutreffend.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Hergt und Heilmann schließt die Aussprache. Es folgt die Abstimmung über die Anträge.
Der Antrag Ludwig (Unabh. rechts) auf Abfindung des Hauses Hohenzollern nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze wird abgelehnt; ebenso der Antrag Hauschild (Soz.) auf Uebertragung des Vermögens ohne Entschädigung. Der Eventualantrag Heilmann, über die Verträge mit dem Hause Hohenzollern in neue Verhandlungen einzutreten, wurde dem Rechtsausschuss überwiesen.

Nach der Schlußabstimmung über die Verfassung gab noch Abg. Dr. Leidig (DN) eine Erklärung seiner Fraktion ab: Wir erkennen an, daß die Landesversammlung bei ihren Beschlüssen vielfach durch die Reichsverfassung gebunden war, die insbesondere auch die republikanische Staatsform festsetzt. Andere Ideale enklaren der Verfassung nicht. Der neu geschaffene Staatsrat ist jedoch geeignet, die schrankenlose Alleinherrschaft des Einkammersystems einzubämmen. Wir werden daher für die Verfassung stimmen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. links): Der Staatsrat ist nur ein ungeheurer Volksbetrug. Wir stimmen gegen die Verfassung.
Abg. von Dannenberg (Deutsch-Hann.): Wir sind stolz darauf Hannoveraner zu sein, und werden auch weiter daran arbeiten, Hannover zum selbständigen Gebiet im Rahmen des deutschen Reiches zu machen. Wir lehnen es deshalb ab, uns an der Schlußabstimmung über die Verfassung zu beteiligen.
Die Schlußabstimmung ergibt die

Annahme der Verfassung mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen. (Lebhafte Beifall.)
Präsident Veinert: Mit diesem Beschluß hat die Landesversammlung ihr Mandat erledigt. Ich hoffe, daß unsere Arbeiten dem gesamten preussischen Volk zum Segen gereichen. (Lebh. Beifall.)
Die wiederholte Abstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz ergibt die Annahme des Gesetzes mit 190 gegen 137 Stimmen. (Lebh. Beifall. Pfuirufe bei den Unabhängigen.)
Mittwoch 1 Uhr: Haushalt des Ministeriums des Innern. Dazu sollen zwei Rednerreden sprechen.
Schluß 6 Uhr.

Trotz des Geschretes, das Zentrum und Rechte am Dienstag in der preussischen Landesversammlung angestimmt haben, bedeuten die Verhandlungen einen großen Schritt vorwärts zur Lösung der Hohenzollernfrage. Der Vergleich, den Südekum und Am Jahnhoff mit dem Justizrat Dr. Löwentfeld für die Hohenzollern abgeschlossen haben, der den Hohenzollern viele hunderte von Millionen gibt und dem preussischen Staate jährlich 50 Millionen Mehrertrag anfertigt, hat den Tobeschloß ertönen; er wird in den nächsten Tagen fallen. Die Bahn für neue Verhandlungen ist frei. Die Sozialdemokratie kann sich rühmen, durch unermüdete Arbeit an der auch der Abg. Dr. Cohn (USP.) teilgenommen hat, die Rechtslage so aufgeklärt zu haben, daß dem Staate Preußen ganz gewaltige Werte gerettet worden sind. Diesen Erfolg mögen die Monarchisten bedauern — das arbeitende Volk wird auch dafür dankbar sein. Hätten wir die Mehrheit in Preußen, dann läge die Frage außerordentlich einfach. So aber als Minderheit gilt es, eine Mehrheit erst zu gewinnen, und daß die Erreichung dieses Zweckes bevorsteht, zeigt klar, eine wie gewaltige sachliche Aufklärungsarbeit unsere Fraktion im Preussenparlament geleistet hat.

Die Abstimmung nur in Oberschlesien zulässig.

Nach Pariser Meldungen soll in der obereschlesischen Frage eine Einigung zwischen Frankreich und England dahin erzielt worden sein, daß im Reichsgebiet außerhalb Oberschlesiens wohnende Oberschlesier an ihrem Wohnort abstimmen können. Haftbarlich wird dem gegenüber darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Abstimmung in Oberschlesien stattfinden muß. Würde ein Zwang dahin ausgeübt werden, daß nicht alle Oberschlesier in Oberschlesien abstimmen, so würde die deutsche Regierung das Ergebnis der Abstimmung nicht anerkennen können.

Daude des Kontre Stadio l'attos wurde Sonntagabend ein Bombenanschlag verübt. Es wurde ein großer Schaden angerichtet. Offenbar handelt es sich um einen Racheakt. Sonntagabend explodierte auf dem Bahnhofsgebäude Oberfahrzemb eine Bombe, die erheblichen Schaden anrichtete. Man nimmt einen Racheakt gegen den Bahnhofsvorsteher an.

Ein Geheimbericht über Skagerrak.

In den ersten Revolutionstagen ist ein Geheimbericht über die Seeschlacht von Skagerrak abhanden gekommen. Die „Daily Mail“ rühmt sich, im Besitz dieses Dokuments zu sein. Die deutsche Marineleitung hat nunmehr beschlossen, den Originalbericht des Admirals Scheer zu veröffentlichen. Der Bericht soll gleichzeitig in der deutschen Presse und in der „Chicago Tribune“ zur Veröffentlichung gelangen.

Wahlen in Südslawien.

Als letzter aller Staaten, die in den Weltkrieg verwickelt waren, ist der südslawische Staat daran gegangen, ein neues Parlament zu wählen. Die Wahlen in dem dreinamigen Königreich haben Sonntag stattgefunden. Das neue Parlament wird aus 419 Abgeordneten bestehen, die in 57 Wahlkreisen gewählt werden. Das alte serbische Gebiet wählt 158 Abgeordnete, Kroaten 93, Slowenen 40, Dalmatien 11, Bosnien und Herzegowina 63, die Wojwodina (Banat, Baranya und Bacsta) 44, Montenegro 10 Abgeordnete. Slowenien ist in drei Wahlkreise eingeteilt: die Stadt Laibach mit 4, das übrige Krain 16, Untersteiermark samt dem Murgebiet 20 Abgeordnete. Durchschnittlich entfällt auf 30 000 Einwohner ein Abgeordneter. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich und geheim; gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht. Doch haben die Frauen kein Wahlrecht; ebenso wenig die nichtslawische Bevölkerung, nämlich Deutsche, Magyaren und Rumänen. Wegen der vielen Analphabeten und um das Geheimnis der Abstimmung doch zu wahren, mußte ein merkwürdiger Vorgang gewählt werden: die Wahl wurde durch Abgabe von Gummikugeln vorgenommen, die in eines der Wahlkästchen, die der Anzahl der an der Wahl beteiligten Parteien entsprachen, geworfen wurden. Der Wähler erhielt im Abstimmungsraum eine Gummikugel und mußte mit der geschlossenen Faust in jedes der Wahlkästchen greifen, so daß man nicht weiß, in welches er die Kugel fallen gelassen hat. Zur Leitung der Wahlen wurden nicht die politischen, sondern die Gerichtsbehörden berufen. Merkwürdig war auch die Bestimmung, daß sich unter je 4 Kandidaten ein Mann mit Hochschulbildung befinden mußte.

Die Parteienverhältnisse sind, da es sich um drei Nationen (Serben, Kroaten und Slowenen) handelt, sehr verwickelt und man muß die Wahlergebnisse abwarten, um einigermassen klar zu sehen. Die Sozialisten sind in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten; welche Partei die stärkere ist, wird der Wahlausgang besser dartun, als es bisher angegeben wurde.

Nach Meldungen aus Belgrad sind die Wahlen in Serbien in Ordnung verlaufen. Bis auf drei Wahlkreise liegen die endgültigen Ergebnisse bereits vor. Gewählt erschienen 30 Radikale, 28 Demokraten, 12 Agrarier, 12 Kommunisten und ein Mitglied der Partei Ribarac.

In Kolašin (Montenegro) überstiegen 63 aufständische Montenegroer das Wahlbureau, wurden aber abgewiesen. Ein Soldat und zwei Aufständische sind tot. In Bosnien führten die Großserben in zwei Dörfern die Wahl und nahmen die Urnen weg. Sonst herrschte jedoch überall, soweit bisher bekannt, vollkommenste Ordnung.

Abkürzung der Besetzung des Rheingebiets?

Die „Frankf. Ztg.“ beschäftigt sich in einem Artikel mit den Kosten der Besatzungsarmeen und bemerkt darin u. a.: In der Flut des von allen Seiten hereinströmenden Materials ist ein wichtiges Dokument bisher merkwürdigerweise übersehen worden. Darnach ist zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der Besetzung der Rheinprovinzen ein Abkommen geschlossen worden, nach welchem die alliierten Mächte nicht darauf bestehen, daß die Zeit der Besetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsklauseln dauern soll. Da die Kosten der Besetzung eine gleich große Verminderung des für die Entschädigungen verfügbaren Betrages bedeuten, so haben die alliierten und assoziierten Mächte in Artikel 431 des Vertrages festgelegt, daß, wenn Deutschland vor dem Ende der fünfjährigen Periode alle seine Vertragsverpflichtungen erfüllt habe, die Besatzungstruppen unverzüglich zurückgezogen werden sollen. Um die Last der Entschädigungskosten zu erleichtern, bestimmt das Abkommen weiter, daß sobald die in Betracht kommenden alliierten und assoziierten Mächte die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Entwaffnungsbedingungen von Deutschland in zufriedenstellender Weise erfüllt werden, der jährliche Betrag, der von Deutschland zur Dedung der Besatzungskosten zu entrichtenden Summen 240 Millionen Mark (Gold) nicht übersteigen soll. Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: Das Abkommen wurde nicht mit Deutschland geschlossen, es bindet aber die alliierten Mächte selbst, und es kann von unserer Seite immer wieder darauf verwiesen werden, daß zur Zeit des Friedensschlusses die Entente sich keineswegs der Einsicht verschloß, wie genau die Höhe der unproduktiven Besatzungskosten mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Verbindung steht. Gelingt es, die Entwaffnung in befriedigender Weise gemäß den Abmachungen durchzuführen, so hat Deutschland ein moralisches Recht, die Alliierten an ihren eigenen Vertrag zu erinnern, während nach den bisherigen Berechnungen mit einer die stipulierten 240 Millionen Goldmark um das Sechsfache oder selbst das Zehnfache übersteigenden Belastung gerechnet werden müßte.

Politische Rundschau.

Sozialdemokratischer Stenerantrag.

Auf Vorschlag des Genossen Reil beschloß die Reichstagsfraktion, folgenden Antrag einzubringen: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die steuerliche Belastung der kleinen Lohn-, Gehalts- und Renteneinkommen in dem Maße gemildert wird, in dem die Kaufkraft des Geldes im Laufe des letzten Jahres gesunken ist.

Reichstag der neu konstituierliche Reichstag abgeordnet Hermann Kommele aus Baden, ein Bruder des badischen Ministers des Innern, Adam Kommele, verhaftet worden. Er soll Montag abend in einer Versammlung der Links-U.-S.-P. D. in München zum Klassenhaß aufgereizt und zur gewaltsamen Beseitigung der gegenwärtigen Staatsordnung aufgefordert haben. Der Reichstag wird sofort darüber in Erwägung einzutreten müssen, ob die Verhaftung seines Mitgliedes Kommele zu Recht besteht.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.
Die Landesinstanzen der sächsischen Sozialdemokratie haben gemeinschaftlich mit der neuen Landesregierung tagend, um über die Regierungsbildung in Sachsen zu beraten. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, zwecks Bildung einer neuen Regierung mit den Rechts-Unabhängigen in Verhandlungen einzutreten.

Die Sabotierung des Reichsnoteprinters durch die Helfferische.
Der Steuerzuschuß des Reichstages beschäftigte sich Dienstag mit dem Gesetzentwurf über die beschleunigte Entziehung des Reichsnoteprinters und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Finanzminister Dr. Wirth wies darauf hin, daß es angesichts des fortwährenden Wachstums der Papierflut nur die Möglichkeit einer Zwangsanleihe oder der schnelleren Erfassung des Reichsnoteprinters und des Vermögenszuwachses gäbe. Die Regierung habe den letzteren Weg beschloßen, für den besonders auch innen- und außenpolitische Gründe sprächen. Dr. Helfferich (Df.) beantragte die Erhebung des Reichsnoteprinters wie folgt zu regeln: „Das Reichsnoteprinters ist zu einem Drittel in zwei gleichen Teilbeträgen zu entrichten, dessen erster Teil einen Monat nach Erhebung des Steuerabzuges und dessen zweiter Teil sechs Monate später fällig ist, jedoch nur, wenn das Vermögen, das abgabepflichtig ist, aus Bargeld um. besteht. Der zu entrichtende Betrag ist auf Antrag zu ermäßigen, wenn die Entziehung des Reichsnoteprinters oder wesentliche Einschränkung des Betriebes oder die Beeinträchtigung des Unterhalts zur Folge haben würde. Gegen die Ablehnung eines solchen Antrages ist Beschwerde zulässig.“ — Beder-Hessen (DfP.) verlangte, daß anstatt „übermäßiger“ Steuern größere Sparsamkeit geübt werden müsse, namentlich bei der Eisenbahnverwaltung, bei der etwa 150 000 Beamte zu viel unterhalten würden. Der Finanzminister wies demgegenüber darauf hin, daß diese Abschmächtigung des Entwurfes vermieden werden müsse, da gerade umgekehrt von der Deutschen Volkspartei ebenfalls verlangten durchgreifenden Erhöhung der Beamtengehälter und der Rheinlandszulagen usw. Die Steuerbeträge schleunigt eingezogen werden müßten. — Die Abgeordneten Dernburg und Dr. Blund schlossen sich in längerer Ausführungen der Ansicht des Finanzministers an und setzten sich für Aufrechterhaltung des Gesetzes in seiner ursprünglichen Form und für Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen ein. — Weiterberatung am Mittwoch.

Kleine politische Nachrichten.
Wie aus Genf gemeldet wird, ist die Aufnahme Deutsch-Polens in den Völkerverbund beschloßen worden.

Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung zu.

Am 2. Dezember wird im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung stattfinden, über die Einführung des Börsen-Terminhandels.

Wegen Unzuverlässigkeit ist der Berliner Hotelbetriebs-Kriegsgesellschaft der Handel mit Gezeandern des täglichen Bedarfs vom Polizeipräsidenten verboten worden. Die Gesellschaft beschäftigte etwa 2000 Angestellte.

Tschecho-Slowakei
Die tschechischen Sozialdemokraten bleiben bei der zweiten Internationale.

Der Parteitag der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in Prag sprach sich für den Anschluß an die zweite Internationale aus.

Italien.
Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter in Rom.

Wegen Lohnstreitigkeiten traten die städtischen Elektrizitätsarbeiter in Rom in den Ausstand. Durch Stromlieferung seitens der Werke einer römischen Gesellschaft kann eine eingeschränkte Beleuchtung der Stadt und der Straßenbahnverkehr aufrecht erhalten werden.

Norwegen.
Eisenbahnerstreik.

Nach einem Telegramm aus Kristiania beschloßen Dienstag die Eisenbahner, den Streik sofort zu beginnen. Ein Antrag auf Vertagung des Streiks wurde abgelehnt; ebenso Bitten alle von privater Seite gemachte Vermittlungsversuche ergebnislos. Von heute früh ab liegt in ganz Norwegen der gesamte Eisenbahnverkehr still.

Finnland.
Die Regierungskrise erledigt.

Die anlässlich der Aussprache über das Dorpat-Abkommen erwartete Regierungskrise konnte durch ein Kompromiß zwischen Regierung und Landtagsmehrheit vermieden werden. Der Vertrag von Dorpat wurde in erster Lesung angenommen und an die Kommission zurückverwiesen, die ihrerseits mit 25 gegen 20 Stimmen das Abkommen gutheißt.

England.
Ermordung von Polizisten.

Aus London wird die Ermordung von britischen Hilfs-polizisten auf Ssle Michael, 48 km von Cork, gemeldet. 15 Polizisten wurden sofort getötet, einer schwer verwundet, der später ebenfalls starb; ein anderer wird vermisst. Die Patrouille war in einem Hinterhalt von 80 bis 100 Mann gefasst, die in britischer Kalkunifom gekleidet und mit Stahlhelmen versehen waren.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 1. Dezember.

Arbeiter-Jugend. Alle Genossen, die der Jugendsozialkommission angehören, werden ersucht, am Donnerstag, dem 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Paul Radtke, Untertrane 100, zu erscheinen. Material mitbringen.

Achtung, Jungsozialisten. Donnerstag, den 2. Dezember, Vortrag des Genossen Bogowsky über: „Die Gewerkschaften“. 4 1/2 Uhr im Wartezimmer des Arbeitersekretariats. Der Arbeitsausschuß

Wirt und Genoss, wie diese Genossenschaft mit besonderer Hingebundenheit einmal ist, schmeißt sie sich ohne Sinn und Verstand etwas zurecht, und stellt damit nur ihr Amüsanzugnis öffentlich zur Schau. So prächtig heute in großer Kreisbesetzung folgende Abonnementeinladung am Nebenbaue des Deutschen Kaisers und an der Katharinenstraße:

Arbeiter, wacht auf!
Der Volksnot steht im Dienste der Juden!

Sie sind doch zu einfältig, die Antisemiten, sonst müßten sie wissen, daß wir, wie die hakenkreuztragenden Kriegsgewinnler und Schieber, uns nicht immer auf einem Punkte drehen. Wir haben uns die Tischen von den Juden bereits ebenso prall füllen lassen wie die Antisemiten vom gesamten Volkstörper, und sind jetzt grade dabei, uns bei den Mohammedanern anzuschließen. Später gedenken wir uns zu befehren und urteuische Sitten anzunehmen, um für den germanischen Götterhimmel reif zu werden. Wir sind heute nur noch besorgt darüber, daß der Stimmungswechsel etwas zu lange dauern und dertweil die heiligen Hallen schon von fetten Hakenkreuzen belegt sein könnten. Aber vielleicht sind bis dahin die aufgefressenen Juden verdaut — wenn nicht, sehen wir uns mit der neu zu erbedenden Menschenrasse jenseits des Nordpols in Verbindung und bitten um Aufnahme. Oder aber, was noch besser wäre, wir schicken die ganze antisemitische Hammelherde direkt selbst nach dem Nordpol. Sie wäre dort am besten aufgehoben und vor tranthafter Ueberziehung gesett.

Die Deutschnationalen und der Bürgerbund. Eine Verammlung der Deutschnationalen Volkspartei nahm nach einem Vortrag Dr. Witters folgende Entschloßung an:

„Die Deutschnationale Volkspartei Lübeck, in Uebereinstimmung mit der Deutschnationalen Parteigemeinschaft der Bürgerschaft, hält angesichts der geschichtlichen Entwicklung den Gedanken, für die bürgerliche Arbeit an die Stelle der bisherigen politischen Parteien einen parteilosen Bürgerbund zu setzen, für notwendig. Sie betrachtet den Plan überdies bereits durch die Erhebung seitens der Demokratischen Partei als gescheitert. Würde heute jener Plan dennoch weiter verfocht, so würde dadurch die Zersplitterung, die man vermeiden will, erst, und zwar in verdröblicher Weise, herbeigeführt. Das, was an geordneten Gedanken in jener Bewegung enthalten ist: nur sachkundige Personen, denen das Wohl der Gesamtheit über alles geht, unter angemessener Berücksichtigung der Berufsgruppen in die Bürgerschaft zu entsenden, wird durch das Programm und die im Auftrage berufsbildende Organisation der Deutschnationalen Volkspartei gewährleistet. Darüber hinaus würde die Deutschnationale Volkspartei es betrüben, wenn sie und die ihr politisch anstehende Deutsche Volkspartei sich für die bürgerliche Arbeit von vornherein zusammenfinden, da jedenfalls auf diesem Gebiete ein grundsätzlicher Trennungspunkt nicht zu erkennen ist.“

Das wird die Fraktion Coleman aber mächtig verschmücken! Silberkamel. Wo das Geld steckt. In einem Dorfe der Gegend Stavelhorn, so berichtet der „S. M.“, wurde neulich nichts ein Ehepaar von Einbrechern überfallen, die mit voragehaltenem Revolver den Mann zwanzen, im Bett zu bleiben, während die Frau aufstehen und ihnen die im Hause vorhandenen Bargmittel auszuhandigen mußte. Glücklicherweise hatten die Einbrecher keine Ahnung, daß der größte Teil des Bargeldes beim Manne im Bett versteckt war, aber das hatte sich jetzt auch die längste Zeit dort befunden, denn dieser Einbruch wirkte wie ein Schreckhitz derartig, daß am anderen Tage aus dem betreffenden Dorfe nicht weniger als zwei Millionen Mark aus ihren Besitzungen zur Bank wanderten.

Amelung in Höhere Schulen. Die amtliche Bekanntmachung zur Renamierung von Schülern an den staatlichen Schulen hat in der ersten Annahme geführt, daß die Grundschule zu Dötern nicht eingeschloßt wurde. Das ist natürlich unzutreffend. Es handelt sich bei der Amelung nur um die höheren Klassen; die unteren kommen nicht in Betracht.

Munitionserklärung. Die auf der Leerhofsinsel Lagernden 5 Millionen Schuß für Interimmunition werden auf Verlangen der Ökonomie zertrübt. Die Verladung nach Finnland wurde verhindert. Die Munition wurde später von der Entente-Kommission aufgehoben. Mit der Verladung ist die Firma Schiele & Bruchhäuser, Baden-Baden, seit einigen Tagen beschäftigt. Zwei Millionen Schuß und alle Schlagschraubenzieher sind bereits zertrübt. Es wurden zwei Gruben angegraben, in die abwechselnd je 200 000 Patronen geschüttet werden. Eine Ladung Pulver, die aus einigen Patronen, die mit einer kleinen einfachen Maschine zerlegt werden, gewonnen wird, legt man zwischen die Munition. Durch eine Blindgänger wird die Ladung in Brand gesetzt und in etwa 3 Minuten sind die 200 000 Schuß vernichtet. Am Dienstag nachmittag hatte der Polizeiherr Mitteldecker des Entwaffnungsausschusses, Vertreter der politischen Parteien und der Presse eingeladen, um diese Arbeiten in Augenschein zu nehmen. Leider glückte die Sprengung diesmal nicht; es war ein Verlager. Nur die Pulverladung verbrannte und entwickelte einen gelblich dicken Qualm mit geringem Geräusch; die Munition selbst brannte nicht aus. Große Gefahr ist mit der Zertrübung nicht verbunden; es sind ganz wenig Geschosse, die einige Meter weit fliegen. Einige Herren von der Entente-Kommission haben sich vor einigen Tagen ebenfalls die Zertrübung angesehen und die Metallreste zum Abtransport freigegeben. Besser, die Waffen zerstören als Menschenleben damit vernichten.

Sensa-Theater. „Das Dreimäderlhaus“ mit der Musik von Schubert, ist noch immer Zugvögel. Umso mehr, wenn bestellte Künstler darin ihr Spiel treiben. Das war am Dienstag der Fall. Fräulein Barthaoldt, vor wenigen Jahren noch eine hübsche, begabte und beliebte Anfängerin am Stadttheater, ist ein seltsames, neites, molliges Harnmel geworden, dessen frisches, natürliches Wesen sehr sympatisch wirkte und das auch gesanglich gut gefiel. Sie fand mit Recht sehr freundliche Aufnahme. Wolf Trimbors Schubert ist eine oft gewürdigte tüchtige Leistung. Ganz vortrefflich war die raffige Grift der Frau Ludewigs-Korte, die in ihrer temperamentvollen Eiferlust und dem drohenden gebrochenen Deutsch sehr erheitend wirkte. Im zweiten Akt führten die Damen Krüger und Müller grazios einige Balletteinlagen aus. Neben diesen drei waren auch die übrigen Künstler nach Kräften um das Gelingen der von Herrn Kapellmeister Dr. Harxhem geleitetem Aufführung bemüht. Nicht unerwähnt sei die geschmackvolle Aufmachung der Vorstellung.

Stadtheater. Mittwoch wird Fräulein Kaller vom Stadttheater in Hamburg in „Alba“ die Annenpartie singen. Donnerstag kommt „Moral“ und Freitag: „Der Barbier von Sevilla“ zur Wiederholung. Nicht abgeholt Karten des Faustzyklus I und II kommen am Donnerstag zum freien Verkauf.

pb. Schweine-diebe. Festgenommen wurden ein Bäckergehilfe von hier und ein Arbeiter aus Garz, die in der Seelastalt Streicheln einen Einbruchdiebstahl ausgeführt hatten, bei dem ihnen 2 Schweine im Gewichte von 50—60 Pfund in die Hände gefallen waren. Die sie in einiger Nähe des Latorates abschlugen. Der Bäckergehilfe ist ferner, geländig, im November von einer Hofstelle an der Geneserstraße 2 Gänse und 4 Enten gestohlen zu haben.

pb. Eine missglückte Raubfahrt. In der Nacht zum 30. v. Mts. hatten Diebe mittelst Rahnes, den sie von seinem Viegepalle an der Obertrave fortgenommen hatten, von einem in der Wallstraße befindlichen Feuerungslager Britetts gestohlen. Beim Abtransport ist der Rahm umgeschlagen oder led gesprungen, denn er wurde in erheblicher Tiefe mit 12 Str. Britetts beladen in der Trave aufgefunden und geborgen. Ob einer der Diebe verunglückt ist, ist nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß die Diebe ein recht tüchtes Bad genommen haben.

S. Travemünde. Wohnungsnot in Travemünde. Wie überall, so hat auch in Travemünde die Wohnungsnot einen Umfang angenommen, der durchgreifende Abhilfe erfordert. Seit

der durch Verat und August seitdem hinzugekommenen Familien. Täglich kommen neue Familien hinzu und es müssen immer mehr Wohnungen, die bisher ausschließlich der Sommervermietung dienten, zur Jahresvermietung herangezogen werden, so daß der Badeort gefährdet ist. Sehr zu begrüßen ist deshalb die Gründung eines gemeinnützigen Bauvereins m. B. S. Dieser plant die Herstellung von zunächst 80 neuen Ein- und Zweifamilienhäusern, wenn ihm dafür vom Staat die nötigen Zuschüsse gewährt werden. Wir hören, daß sich die Besitzer der Sommerwohnungen an diesem Unternehmen mit namhaften Zuschüssen beteiligen werden. Aufgabe des Staates ist es deshalb, hier auch seinerseits mit allen Mitteln helfend einzugreifen. Es wird am Donnerstag, dem 2. Dezember, eine Versammlung der Travemünder Einwohner im Kurgartenhotel stattfinden, in der alle weiteren, mit der Siedelung in Verbindung stehenden Fragen erörtert werden sollen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg, Lauffenbergs Geschichte. In einer Versammlung der Landesorganisation der Sozialdemokratie Hamburg fand ein Roman seinen Abschluß, der verdient, über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannt zu werden. Lauffenberg, der Nationalhoffhewist und Führer des Bundes der Kommunisten, war vor vielen Jahren von der Sozialdemokratie Hamburg beauftragt worden, eine Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung bis zum Fall des Sozialistengesetzes zu schreiben. Von dieser Geschichte ist ein Band erschienen, dann ist es dabei abgeblieben. Nichtsdestoweniger ließ sich Lauffenberg den ganzen Krieg hindurch ein Monatsgehalt von 600 Mark für seine Arbeit auszahlen und mußte, wenn der Landesvorstand sich einmal nach dem Fortgang der Arbeit erkundigte, immer einen anderen Grund, mit dem er die Sache hinausjagerte. Als diese Geschichte die Partei bis zur Revolution circa 40 000 Mark gekostet hatte, ohne daß man von dem weiteren Fortgang der Arbeit etwas erfahren hatte, wurde immer wieder verüßt, von Lauffenberg etwas herauszubekommen, denn als Nationalhoffhewist hatte er auch im Jahre 1919 sehr viel anderes zu tun, als sich um die Geschichte der Sozialdemokratie zu kümmern. Er verstand es aber andererseits auszeichnet, einige Trümmersätze durchzusuchen und außerdem für eine Sachhilfe, die er angebracht benötigte, noch weitere 250 Mk. monatlich zu verlangen. Als der Landesvorstand ihn eines Tages, allerdings angedroht, anrief, war Lauffenberg wirklich bei der Arbeit und lieferte. Einen Teil des Bundes lieferte er denn auch glücklicherweise ab. Als aber das Jahr 1920 auch langsam der Neigung zuging, drängten die Vereinen doch danach, endlich einmal zu erfahren, was denn aus der Geschichte wurde, zumal Lauffenberg seit der Revolution weitere 13 000 Mk. sich hatte zahlen lassen. Als am 1. Juli 1920 der Parteivorstand kurz vor dem Ende seiner Forderungen war und ein Ultimatum stellte, Lauffenberg sollte nun endlich erklären, wann er das Werk zu liefern gedenke. Natürlich dieser ganz verweigert, daß er diese einleitige Forderung des Parteivorstandes ablehnte. Man erzwang nun hin und her, ob man irgend etwas unternehmen solle, um wenigstens die Arbeit sicherzustellen, oder da der vorläufige Kommunist sich auf das Ueberheben besetzt und ein schriftlicher Vertrag nicht vorlag, weil man ihm seinerzeit die Arbeit auf Tren und Glauben übertragen hatte, mußte man die Sache auf sich beruhen lassen. Es wurde selbstverständlich beschloßen, Lauffenberg keinen Pfennig mehr zu zahlen.

Hamburg. Bei dem Schiffsunfall im Hamburger Hafen, worüber wir Montag berichteten, ist der Maschinenführer und der Decker Wittberg ertrunken.

Kraunkrücker. Einer großen Kornverschlebung ist man auf die Spur gekommen. Bei dem Landmann Sibbert in Husberg erschienen einige Männer, die ihm Roggen abkaufen wollten. Nach längerem Handeln wurde man sich auf 37 Tonne einig. Die Käufer boten nicht weniger als 470 Mark pro Tonne. Der Landmann ging auf den Handel ein und lieferte das Quantum. Als er aber Bezahlung für die Ware forderte, drohten die Käufer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben, ihn wegen Rückens feindlich zu wollen. Der Landmann zog darauf ohne Geld ab. Die Unannehmlichkeit wurde bekannt, und es gelang, 16 an der Sache beteiligte Personen zu ermitteln. Der Roggen ist nach auswärts verschoben worden. — Geld ist der Gott, den alles anbetet, dertweil das Volk verkümmert.

Gnien I. Mecklenburg. Raubmord. Am Montagmorgen wurde die Frau des Vorarbeiters in Kl. Methling bei Gnien ermordet in ihrer Wohnung aufgefunden. Aus der Wohnung waren 9000 Mk. gestohlen, so daß anzunehmen ist, daß der Täter, um das Geld zu erlangen, den Mord an der Frau verübt hat.

Bremervahren. Nachahmenswertes Beispiel. Die Norddeutsche Volkstimme in Bremervahren bewilligte ihrem Personal eine Wirtschaftsbekleidung von 500 Mk. und ab 1. November statt 20 Mk. Teuerungszulage 50 Mk. wöchentlich. Die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge erhielten je 10 Proz. der Wirtschaftsbekleidung und der Teuerungszulage.

Stade. Opfer des Kinofschunders. Vor dem Schwurgericht hatten sich zwei Ränglinge wegen Raubes zu verantworten. Sie hatten verübt, einer Frau einen Handkoffer mit etwa 1000 Mk. Inhalt auf der Straße zu entreißen. Beide Angeklagten sagten aus, daß sie ständige Gäste im Kino waren. Dier sei auch kurz vorher der Plan zu der Tat entstanden. Der Vorliegende bestritt, daß sich durch fast alle Verbrechen, die die Gerichte beschuldigen, gleich einem roten Faden, der Schuld, der im Kino geboten wird, hindurchzieht, und daß mancher vor dem Zuschauers bewahrt bleiben würde, wenn endlich einmal der Schuld aus dem Kino verschwände. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach verurteiltem Straßenraub. Das Urteil lautet auf 6 resp. 9 Monate Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Ein Aufruf an die Landwirtschaft.

U. Berlin, 1. Dezember. Ein von Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Hannoverschen Partei, der Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes unterzeichneten Aufruf fordert die Landwirte auf, sich dafür einzusetzen, daß der Rest der Zwangswirtschaft ordnungsgemäß durchgeführt wird, um so die Möglichkeit ihrer völligen Aufhebung in absehbarer Zeit zu sichern. Demzufolge werden die Landwirte ersucht, der gesetzlichen Abfertigungsfrist zu genügen. Andererseits wird aber die Reichsregierung aufgefordert, die Landwirte gegen diejenigen zu schützen, die sie verführen oder durch Drohungen zu nötigen versuchen, die noch bestehenden Bestimmungen zu umgehen.

Übernahme der römischen Elektrizitätswerke in städtischen Betrieb.

U. Rom, 1. Dezember. Nachdem die Elektrizitätsarbeiter in den Ausstand getreten sind, haben die Behörden beschloßen, die Elektrizitätswerke in städtischen Betrieb zu nehmen. Gestern um Mitternacht wurden alle Werke besetzt. Der technische Dienst wird von Ingenieuren und Genietruppen geleitet. Die Besetzung erfolgte ohne Zwischenfall. Die Polizei hat strenge Anweisungen erhalten.

Für den folgenden Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten Aus dem Freistaat Lübeck verantwortlich: Otto Friedrich; für die Kupfer „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Vom 1. bis 10. Dezbr.:
10% Rabatt

Trotz meiner sehr billigen Preise auf sämtliche:
Wollwaren - Unterzeuge
Strümpfe - Socken
Damen- und Kinder-Wäsche
Günstigste Weihnachtskaufe.

Hermann Libnau

(1741) Schwartauer Allee 53-55.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen (10263)

Redaktions-Mitarbeiter.

Selbiger muß in der Landespolitik Mecklenburg-Schwerins weitestgehende Erfahrungen besitzen und auch die lokalen Verhältnisse soweit wie möglich mit bearbeiten können.

Stenograph bevorzugt

Zuschriften bis zum 10. Dezember an den Vorstehenden der Redaktionskommission des Freien Wortes, G. Sehl in g, Schwerin, Wismarsche Straße 29, erbeten. (10263)

Bekanntmachung

Betreffend die Anmeldung der zu Ostern 1921 schulpflichtigen Kinder.

Nach Art. 7 des Unterrichtsgesetzes beginnt das schulpflichtige Alter mit dem auf das vollendete 6. Lebensjahr folgende Ostern. Alle zu Ostern 1921 schulpflichtig werdenden Kinder des Staates Lübeck sind bis zum 18. ds. Mts. bei dem Leiter derjenigen Volks- und Bezirksschule anzumelden, in deren Bezirk sie wohnen. Auskunft über die Abgrenzung der Bezirke erteilen die Direktoren der Volksschulen. Die Anmeldungen werden von den Direktoren an den Schülern von 12 bis 1 Uhr (mit Ausnahme der unten angeführten Schulen) entgegengenommen. Vorzulegen ist dabei der Geburts- oder Taufschein. Anträge auf Zurückstellung vom Schulbesuch sind unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses an die Ober Schulbehörde zu richten. (10260)

Die Ober-Schulbehörde:

*) Dom- und Burg-Schulbehörde: Donnerstags Freitag, Sonnabend von 4-5 Uhr; Burg-Schulbehörde: Montag, Dienstag, Mittwoch von 4-5 Uhr.

Paul Stook
Dorcken Stook
geb. Wilmann,
Verwählt.
Travemünde.
Für die zahlreichen Geschenke und Glückwünsche danken herzl. (10255) D. O.

Für die freundlichen Aufmerksamkeit und Geschenke zur Silberhochzeit danken herzlich (10274) Th. Kassel und Frau.

Heute Donnerstag entließ ich mich ruhig nach langer schwerer Krankheit unsere innig geliebte Tochter und Braut (10248)
Ely Warncke
im blühenden Alter von 24 Jahren.
In tiefer Trauer
Carl Warncke u. Frau,
geb. Spetmann,
Albert Bencke als
Verlobter
Lübeck, 28. Nov. 1920.
Lindenstr. 53.
Beihaltung Freitag, den 3. Dez. nachm. 12 1/2 Uhr, von der Kapelle des Borwerker Friedhofes.

Für die vielen Egarungen unserer lieben Entschlafenen besonders Herrn Pastor Müllers unter herzl. Dank. (10257) G. Aue u. Angehörige.
Zentralverband der Zimmerer.
Bezirk Lübeck.
Gesucht sofort ein (10256)
Hilfsstaffierer
für den Birkhofweg.
Zu melden beim Staffierer
Kamm, Oberstr. 44. part.
Eine Grube zu verlaufen.
(10254) Schwart. Allee 221.

Nach sage allen denen, die meinem guten, mir unergötlichen Mann die letzte Ehre erwiesen haben und seinen Sarg mit Kranzschmücken dem Transportarbeiter-Verband, dem Sozialdemokratischen Verein, dem Genossen Wolfradt für seine lieben Worte am Grabe des Entschlafenen, dem Chor-Verein und meinen früheren Kolleginnen, den Ausrägerinnen des „Lübecker Volksboten“ für ihre mir in so reichem Maße Anteil gewordene Unterstützung meinen herzlichsten Dank. (10235)

Frau Anna Ramm.

Zu verk. Kommode, Bettstelle (10287) Bei St. Johannis 2.

Eiserne Oefen
jeder Art. (10229)
Senking = Kohlenherde Gasherde
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Adolf Borgfeldt,
Mühlenstraße 36-44. Tel. 672.

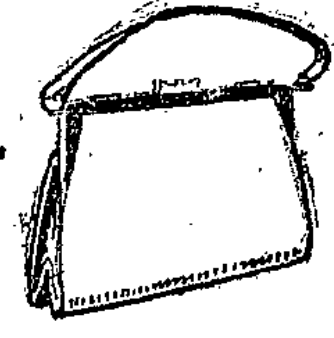
Adlershorst. Tanz
Jeden Donnerstag:

Fledermans
Friedrichstraße 17/19
Telephon 0155
Direktion:
Fritz Wolfram.
Heute
Première
des
Dezember-Spielplans.
Isa Gawanda
Verwandlungstänzerin.
Emil Merkel
berühmter Komponistdarsteller.
2 Jupsins
hervorragende Tänze.
Joseph Brandstädter
Wiener Sänger.
Ott & Ly
Gesang- u. Instrum.-Transformation.
Willy Schenk & Co.
Akrobatische Szene: Im Herrenzimmer.
Biro-Duo
Sensationsvolles modernes Tanzpaar.
Simon de Weille
Orchesterdirigant. (10254)
Anfang 8.30. Sams- u. Feiertags 4 Uhr.
Sehenswerte Bar.

Karstadt

Als Weihnachtsgeschenke besonders bevorzugt weil praktisch, elegant u. von dauerndem Wert

- Damen-Handtaschen
- Damen-Besuchstaschen
- Portemonnaies
- Geldscheintaschen
- Briefstaschen
- Zigarrentaschen
- Taschentouilletts
- Altenmappen
- Schreibmappen
- Necessaires
- Einrichtungskoffer
- Reisekoffer
- Schul-Tornister



Aus der Fülle unserer Läger einige preiswerte Beispiele:

Damen-Leder-Handtaschen in versch. guten Lederqualitäten moderne Farben und Formen 145.- 125.- 98.50 69.- 70.- 58.- **42.-**

Reisepferdearbeiten werden laudat angefertigt. Off. u. N. L. a. d. Exp. (10338)
K. u. Köhler zu verk. (10276) Lützenhaagen 7. L.
Mil-Goldbr., neue, 82, 3. u. 10248) H. b. Mauer 106, L.
3. verk. e. neuer Ueberr. H. Lemke, Moisina. (10252)

Zum Verkauf gelangt heute folgende
Riisbrosen
Hemdentuche für Leibwäsche 80 cm breit, Meter 1520
Hosentoffe Zwirngewebe, 70 cm breit Meter 1850
Barchend doppelseitig geraucht in hell Meter 1200
Kattun in rot, für Kleider u. Blusen geeignet . . . Meter 1280
Macco Percal vorzügl. für Kleider geeignet . . . Meter 2250
Kinder-Hemdhoften grau . . . 11.80, 9.50, 800
Damen-Unterhemden mit angerauchtem Futter 2830
Herren-Unterhoften grau Eristol . 13.65, 9.90 585
Herren-Körperhoften helle Ware 2230
Herren-Socken in braun und normalfarbig 599
Damen-Kopftücher in schwarz 920
Einige Restbestände grauer Kinder-Strümpfe 4.80, 3.45, 220
Jumb Thunon
Lübeck, Königstr. 87/89, Ecke Wahnstr.
Rendsburg. Neumünster. Ikehoe.
Alle hier angeführten Artikel sind bezugscheinpflichtig.

Schraubklot zu kaufen au gef. Ang. (10253) au Preis unter 1 \$ an die Exp. d. Bl. (10251)
Entlass-Mant. geg. Mtl. Pant. z. kaufen gef. Ang. u. M. S. a. d. Exp. (10248)
Bromierung gef. Ang. u. A. E. a. d. Exp. d. Bl. (10247)
1 gebt. Sparherd gesucht. Ang. m. Bl. u. N. A. a. d. Exp. d. Bl. (10265)
Gef. g. Rauchsch. Ang. m. Br. u. M. Z. a. d. S. (10266)
Ein junger Dobermann (Hündin) abh. gef. Gegen Belohnung abg. (10250) Faasch, Elmstr. 5.
E. Bahn entlassen. Brief abzugeben (10259) Schulampstraße 8a.
Verloren 1 gr. Hundstürschlüssel (Hollentor - Süd). (10272) Abz. Jakobstr. 1.
Es wird jeal. Naharbeit angefertigt. Schwartau. (10264) Schöngestr. 63, III. I.

Festung zu verkaufen. (10258) Gledengraberstr. 9. 1 Bringmaschine zu verk. (10258) Reiferstr. 14.

L. Schütz
Johannisstraße 20.
333, 565, 900 gef. cuora billig.
Bitte Preise im Schaukasten zu beachten! (10253)

Eine Freude für Jedermann ist der billige Schuh
Damen - Halbschuhe, Spangen- und Schnürschuhe
Serie I. Serie II
Paar **69.50** **89.50**
Leberne Hauschuhe Paar Ml. 39.50.
Damen-Stiefel, la. Fabrikate, Ml. 195.-, 165.-, 155.-, 189.50.
Herren-Stiefel, la. Fabrikate, Paar 195.-, 175.-, 165.-, 125.-.
Kinder-Stiefel, Gr. 18-21, Paar 29.50.
Knaben- und Mädchen-Stiefel besonders billig. (10277)

Schm. Tuch-Jade u. Schm. Bluse z. verk. Wiedelstr. 291.
E. Puppenwiege u. br. Wäschelavve. Seabergerstr. 24 III. I.
2 Paar Damenstiefel Gr. 87.
1 Paar weiße Schuhe Gr. 87.
2 Paar Schaffstiefel 43-44.
Avenue Str. 22, Hinterh. 1-240.
Gr. Puppenwagen u. Wippe z. verk. Schönbrückerstr. 8a p.
Neuer Handkoff u. Preis. Schaufenster zu verkaufen. (10244) Wisenhoffstr. 13 v.r.

Ferkel und Jungauer zu verkaufen. **Beier**, (10278) Borwerk, Boarnstr. 5a.

Eine a. Gas inger. Vert.-Krone vom Delanua z. verk. (10261) Engelswisch 81, part.

Schm. Stiefel, D. Halbsh., Gr. 38-39, z. verk. Moislinger Allee 16 a, part. 10238

Herr- u. Dam.-Friseurgesch. W. Benthin, Marlstr. 44a empf. sich z. Aufv. Saatarb. Vrk. v. Saarschuld. la. große Haubenhaarnetze a 2.50 Ml.

Achtung!

Warne hiermit jeden vor Ankauf meines am Montag nachmittag hier fortgenommenen schwarzen deutschen Schäferhundes Dolf. Wiederbringer erhält Belohnung. (10269)

Hans Wede, Schwartauer Allee 5.

la. Maternast-Gänse sowie Gänse-Strückerfleisch (10271) empfiehlt

Rud. Jäde, Beckeraube 70.

Hofschneiderei, Roggen- u. Weizenbrot, Schmelzwurst, Schmalz, Butter, Käse, in prima Qualitäten empfohlen preiswert

Lüder & Scholtz (10242) Balauerföhr 81.

Verledungsringe 833, 585, 750, 900, Schmuckwaren, Waren aller Art, Ml. u. verillb. Bestehe als

Weihnachtsgeldente empf. nicht **Witt Westfaling** (10253) 32 Goldenstraße 32 Lübeck u. Goldm. Reparatur.

Deutscher Transportarbeiter-Verband 10273 Ortsverwaltung Lübeck.

Verjamm lung der in den Stanereibetrieben beschäftigt. Portiente am Donnerstag, d. 2. Dezember abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Innere Verhandlungsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 (10284) (11. V. Ab. 6. S. Ab. Ser. I)
Gasparone.
Oper. in 3 Akt. v. Müllbacher.
Donnerstag 7 1/2:
Der ersten Liebe goldne Zeit. Operette v. Gilbert.
Freitag (im Ab. Serie II):
Der große Schläger
Der Großstadtkavalier.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch: Bucht. A. u. 9. B. i. Op. Ab. Aida. 7 Uhr.
Gaitp. v. Fel. Kaiter vom Hamburger Stadttheater als Amnerie. (10257)
Donnerstag: Bucht. D und 8. Bucht. v. Schaup. Ab. Woral. 7.30 Uhr.
Freitag: Bucht. A. u. 9. Bucht. i. Op. Abdom. Der Barbier v. Sedilla. A. u. 9. Sonnabend, Bucht. A. u. 9. Bucht. i. Sch. Abonnement. Rose Wera. 7.30 Uhr.

Gleiches Recht.

In München herrscht bekanntlich das Recht. So sagen Herr Rahr und Herr Escherich. Wie dieses Recht aussieht, davon wollen wir eine einzige Probe in Form einer Gegenüberstellung geben, die für jeden denkenden Menschen Bände spricht.

Vor dem sogenannten Volksgericht wurde nüngst gegen einen jugendlichen Kommunisten verhandelt, der sich des „Hochverrats“ schuldig gemacht haben sollte. Das einzige belastende Material, das gegen den Angeklagten vorlag, war eine bei ihm gefundene Liste, auf der Namen von Personen standen, die in der Ortschaft und in der Einwohnerwehr tätig sind. Einige dieser Namen waren angekreuzt. Diese kleinen Weisheitskreuze genügten für das Gericht zu folgender Schlussfolgerung: Das Kreuz bedeute ein Todesurteil. Bei einem ausbrechenden Kommunistenputsch sollten die Träger der angekreuzten Namen ermordet werden.

Man wird zugeben, daß ein Kreuz in einer Namensliste noch alles mögliche andere bedeuten kann. Aber das Gericht ließ keine andere Deutung zu. Der Rechtsgrundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ schien den Münchener Richtern unbekannt zu sein, denn sie legten einen ganz und gar zweifelhaften Tatbestand mit aller Schärfe gegen den Angeklagten aus. Mit der Begründung, daß der Angeklagte „ehrlos“ gehandelt habe, wie die abschließliche Ermordung (?) zahlreicher Personen beweise, verurteilte das Münchener Gericht den jugendlichen Angeeschuldigten zu zwei Jahren Zuchthaus.

Man sollte meinen, wo auf beratig fragwürdige Vermutungen hin so schwere Verurteilungen erfolgen, da müßte noch ganz anders zugegriffen werden, wo erdrückende Beweise vorliegen. Aber nein! Nämlich wenn die Leute, die durch diese Beweise belastet werden, Rechtspuustischen sind, dann kann die Münchener Justiz auch anders. In den Rapp-Lagen fiel bei dem mülhungen Versuch, mit seiner Truppe zu püßchen, in Harburg der Fliegerhauptmann Berthold. In seinem Besitz wurde eine Mappe mit Dokumenten gefunden, die genauen Aufschluß über das weit verzweigte Netz einer Verschwörung gaben, an deren Spitze Berthold gestanden hatte. Unter den Schriftstücken befanden sich genaue Berichte, unterzeichnet von den Mitverschworenen Bertholds, drei Leutnants namens Hager, Mayer und Meier. Ganz genau schilderten diese ihre Wühlarbeit in der Reichswehr, wie sie die Truppen für einen künftigen Putsch zu gewinnen suchten und mit welchen Offizieren sie Verbindungen angeknüpft hätten. Berthold selber hatte verschiedene Protokolle von Sitzungen angefertigt, in denen fortgesetzt die Rede war von dem demnächst zu führende Schlag, Einsetzung einer Militärdiktatur usw. Die Dokumente sind folnerzeit in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden. Das in ihnen enthaltene Beweismaterial ist mehr als erblüend.

Die Münchener Staatsanwaltschaft konnte denn auch nicht umhin, gegen die noch lebenden Mitverschworenen Bertholds ein Verfahren einzuleiten. Jetzt, nach reichlich einem halben Jahr, gibt sie bekannt, daß das Verfahren gegen sämtliche Beteiligten eingestellt ist. Die Verfänger der Berichte haben erklärt, daß sie in ihren Berichten übertrieben hätten, und diese faule Ausrede genügte der Staatsanwaltschaft. Das Bertholds Protokolle betrifft, so half man sich mit der wunderschönen Ausrede, daß sie im Uebermaß einer lebhaften Phantasie geschrieben seien. Vielleicht hat man auch noch die durch die Protokolle bloßgestellten Reichswehroffizieren verhört, von denen wohl auch kaum jemand das Geständnis erwartete, daß sie an einer Verschwörung teilgenommen haben. Kurz und gut: weil die Angeeschuldigten jetzt leugnen, wo ihr sie schwer belastender Schriftwechsel wider ihren Willen ans Tageslicht gekommen ist, erklärt die Münchener Staatsanwaltschaft den ganzen Inhalt dieses Schriftwechsels für Phantastie. Ob die Herren nur ein Gesellschaftsspiel gespielt haben?

Über keine Phantastie ist es, wenn aus Kreuzen in einer Namensliste ohne weiteres eine Mordabsicht konstruiert wird. Im München der Herren Rahr und Escherich herrscht Gleichheit.

Die Soziologie des Geschehens.

Die Aufzeigung der entwicklungsgeschichtlichen Strömungen in der menschlichen Gesellschaft ist ebenso Aufgabe der Nationalökonomie (Volkswirtschaft) wie der Soziologie (Gesellschaftswissenschaft). Diese ist trotz hervorragender Vertreter noch wenig ihrem Wesen und ihrer Bedeutung nach bekannt. Gerade die nachrevolutionäre Zeit hat dies in einem erschreckenden Umfang bewiesen. Der Radikalierungsprozeß, der in breiten Massen des Volkes eingesetzt zu haben schien, wurde vielfach auf soziologische Momente zurückgeführt, während ihn in Wirklichkeit psychologische Gesichtspunkte bedingten.

Eine soziologische Entwicklung hat nicht nur die Unauflösbarkeit auf der einen, sondern ebenso die Gleichmäßigkeit, die Beharrlichkeit, die Kontinuität, auf der anderen Seite zur Folge. Die Entwicklung zur Revolution war eine soziologische in dem Sinne, daß organisch im Schoße der alten Gesellschaft jene neue Keime erwachsen, die eines Tages an die Oberfläche traten und die Stelle des bisherigen Gesellschaftszustandes einnahmen. Die Entwicklungslehren von Darwin, Marx und anderen sind soziologisch, indem sie gleichfalls den Werdegang der Gesellschaft aufdecken und ihren Prozeß als solchen wissenschaftlich erklären. Die Entwicklung, die die deutsche Revolution seit dem 9. November einschlug, ist selbstverständlich gleichfalls soziologisch bedingt, wie denn eine andere Entwicklung überhaupt nicht möglich ist. Aber ihre einzelnen jeweiligen Erscheinungsformen, ihre Augenblicksereignisse, ihre scheinbaren Höhe- und Tiefpunkte sind im einzelnen und als solche nicht soziologische Ausflüsse einer soziologischen Entwicklung, sondern es sind psychologische Faktoren hierbei entscheidend beteiligt.

Die praktische Bedeutung dieser Einsicht wird durch folgende kurze Betrachtung erhellt: Von linksradikaler Seite wurde und wird unablässig darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie durch eine positive Aufbaupolitik den Radikalierungsprozeß der Massen nicht aufzuhalten imstande sei. Die soziologischen Grundgesetze sollen nach kommunistischer Auffassung zu jenem Entwicklungsstadium hinführen, der angeblich in Rußland bereits seinen entwicklungsmäßigen Höhepunkt erreicht hat. Diese Behauptung beweist die Unkenntnis der soziologischen Auffassung durch jene, die sie am besten zu vertreten behaupten. Um die Entwicklungstendenzen der letzten zwei Jahre reiflich bis in ihre letzte Folgerichtigkeit aufdecken zu können, dazu fehlt uns auch das geringste Maß jener Distanz, ohne die wirtschaftliche Geleise überhaupt nicht erkannt werden können. Die angebliche Radikalierung der Massen entspricht in Wirklichkeit einer den gegenwärtigen Verhältnissen entsprungenen und nur zu begreiflichen Verzweiflungstimmung, die in dem Augenblick organischen Entwicklungsmöglichkeiten wieder Platz macht, sobald die Grundbedingungen für diese erneut geschaffen sind. Nach Ludwig Feuerbachs verständigem, aber doch so einsichtsvollem Wort ist der Mensch das, was er ist. Die Hinneigung zu unerprobten politischen Formen ist letzten Endes bedingt durch die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse. Ein Teil der Arbeiterklasse glaubt, da es auf diesem Wege nicht zu gehen scheint, es mit besserem Erfolge auf anderem Wege versuchen zu müssen.

Wer die Richtigkeit dieser Auffassung unterschreibt, und das wird auch von kommunistischer Seite geschehen müssen, wird zugeben, daß diese Momente rein psychologischen Natur sind und zwar massenpsychologische wie individualpsychologische. Bis wir jedoch in der Lage sein werden, die soziologischen Gesetze, die die Entwicklung der letzten zwei Jahre maßgebend bestimmten, einwandfrei zu erkennen, wird noch eine gewaltige Spanne Zeit verfließen müssen.

Aus der Partei.

Babischer Parteitag. Am letzten Freitag trat in Baden-Baden der Parteitag der badischen Sozialdemokratie zusammen. Der Parteivorstand hatte den Genossen Dr. Wolf Braun, von der württembergischen Sozialdemokratie war Genosse Keil, von der pfälzischen Partei der Genosse Proffert entsandt. 131 Delegierte waren anwesend. Im Namen des Landesvorstandes erstattete Genosse Strobel Bericht über die Tätigkeit der Partei und ihre Entwicklung. Die Organisationen zählen jetzt 47 000

Mitglieder, während sie im Jahre 1914 nur 26 000 hatten. Die Zahl der Leser der Parteipresse beläuft sich auf rund 100 000. Der Parteitag erhöhte die Beiträge und beschloß, die bisher bestehende „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Gewerkschafter“ aufzulösen und dafür Werbenuschüsse einzusetzen. Gegenüber dem „Bund freier Volkskirche“ soll strengste Neutralität gewahrt werden. Ein Antrag des Genossen Dr. Dieck, der schärfers Vorgehen der Landtagsfraktion und den evtl. Austritt aus der Regierung verlangte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen ein Vertrauensvotum für die Fraktion und für die sozialistischen Minister beschlossen. Der Parteitag verlangte auch sofortige Steuererlässung und Neueinschätzung der Landwirte und der Militärlöhne oder Gehaltsempfänger. Die Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg soll erörtert werden. In seiner Vertretungsansprache protestierte Genosse Proffert-Ludwigsbach gegen die Posseurenbekämpfungen in der besetzten Pflanz. Der Parteitag stimmte der Schaffung einer neuen Gemeindeordnung durch den Landtag zu. Bei dem Referat der Abgeordneten Gsch und Raus über den Wiederaufbau Deutschlands entpant sich eine längere Aussprache über die Sozialisierung des Bergbaues. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages wurde die Schulfrage gelegt. Am Sonntag mittag wurde der Parteitag, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm, geschlossen.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 1. Dezember.

Kinder in Not.

Tausendfach haßt dieser Ruf durch die deutschen Lände, schreien die Gleichgültigen, Satten auf aus ihrer Ruhe. Aus den Zeitungen, aus den Plakaten, in Häusern, auf der Straße schreit es uns an: Kinder in Not!

Die deutsche Jugend stirbt und verdirbt, geht jämmerlich zugrunde — langsam zwar, aber sicher — wenn nicht endlich ein Anfang gemacht wird mit wirklich durchgreifender, großzügiger Tat! Betraden erschütternd ist das Ergebnis aus dem Statistik der Kriegen. Besonders vier Krankheiten sind es: Anämie, Struphulose, Tuberkulose und Rachitis, die die schuldlosen Kinder heimsuchen, wobei sich der Mangel an Milch besonders ungünstig bemerkbar macht. Die Tuberkulose wirkt in grauenerregender Weise. Hatte Deutschland 1913 eine Sterblichkeit von 13 auf 10 000 an Tuberkulosekranken, so betrug sie 1919 bereits 25 auf 10 000 und wird auch in diesem Jahre nicht geringer sein. Besonders traurig ist die allgemeine Durchleuchtung mit Tuberkulose, wobei auch die schlechten Wohnungsverhältnisse mitwirken. Neuerdings kommt bei Kindern vornehmlich die Rachitis hinzu. Im Wachstum sind Tausende von Kindern zurückgeblieben. Die Blutarmerut hat auch zur Folge, daß die geistige Betätigung der Kinder schwer fällt.

Ein großartiger Versuch für die Hilfe ist in ganz Deutschland eingeleitet. Sie ist dringend notwendig, denn schon ist es bitterlich kalt geworden! Noch ein Wühlstein mehr um den Hals der unterernährten, unentgeltlich beschriebenen Volksmassen und wieder besonders der Kinder. In vielen Familien erschließt sich ein herzzerreißendes Bild menschlichen Elends, ein Bild, das uns eine deutlichere, eindringlichere Sprache kündigt als alle Zeitungsartikel oder Versammlungssreden.

Unwillkürlich denken wir zurück an die Zeit unserer Kindheit. Nur wenige lebten in ihrer Jugend im Ueberfluß; die Mehrzahl kammt aus ärmlichen Verhältnissen. Mancher hat schon in seiner Jugendzeit erfahren, daß Hunger weh tut. Aber an den jetzigen Zuständen gemessen, verblissen alle diese bitteren Einzelheiten als unwesentlich gegenüber der grauenerregenden, unfahbaren, ins tiefenhafte gestiegenen Not von heute.

Kinder in Not!
Denke an das Elend und gib sofort!
Deutsche Kinderhilfe.

Sirene.

Eine Schwärz- und Höhlengeschichte von E. Statkol.

Zwei Reifewagen rasselten aus dem großen Portal des Schlosses in Zmeirbrücken heraus. In dem ersten derselben saß der junge Hans von Witz-Gumbert von Witz-Gumbert, der begleitet von seinem Gouverneur, Freyherrn von Lauterbach, und keinem Wagen, Grafen von Altenkrach, nach Mainz zum Kurfürsten geschickt wurde in ein anfängliches Exil. Lieber hätte man ihn wohl etwas weiter weg, etwa nach Paris, geschickt, welches zu jenen Zeiten die Werkstätte war, worin junge deutsche Fürstentöchter zuhause erzogen und beschickelt wurden. Aber dort war eben jetzt der Teufel los mit dem Anproben der Revolution, mit Abschaffung des Adels, Aufhebung der Klöster, Dekretierung der Willkür; den Königen hatte man von Versailles nach den Tuilleries herein triumphierten, hatte ihn das große Julifest mit feiern lassen; Nader war fort, Mirabeau Präsident der Nationalversammlung; der Bankrott rumorte im ganzen Hause, und der Kriesschlamm bräunte schon draußen an seine wankenden Mauern. — Das war keine Schule für einen jungen Prinzen — o ja, er konnte, da wohl manches lernen; aber das packte dann wieder in der Heimat nicht. Also vorherhand nach Mainz und dann etwa weiter nach Wien, wo er in hoffentlich schöne Wirtshäuser genossen finden würde, welche ihm die Ursache seiner Verbannung aus dem Kopfe hächteten.

Die Witz-Gumbert saß in dem andern der beiden Reifewagen und war in Raus und Person des Fräulein Sirene von Orndorf, welche in Beauftragung ihrer Hofe Theodora und des Herrn Oberstleutnants Euphrat Sublaa — den langen Lakai Wenoch auf dem Rad — nach einer ganz anderen Seite hinreiste. So hatte auf ihren Befehl Sirenes Oheim, der Hofmarschall Baron von Hunoldstein, es angeordnet. So machte Fräulein Sirene nachhaken, und so fuhr sie nun eben bei einfallender Nacht auf sehr schlechtem, halberstem Wege den Bergabwärts über den Heden Oberlein am Rabelsberg hinan; auf sehr schlechtem, halberstem Wege zur alten Burg Oberlein, damals Eigentum des Grafen von Limburg-Saarnen, und mit seiner Genehmigung einstelligen Residenz der alten Sittdame Laura Admitta von Grimbach, in deren antikenorische Ohn die entlassene Hofdame zu lamen gehen werden sollte. Bis hin in die Nacht. Während der Fahrt einer neuen, Sirene des heiligen römischen Reichs ein Witz-Gumbert auf für das schöne abstruse Kind ansetzen haben würde. Doch wenn Witz-Gumbert auch in die Nacht die Ohren schüttelte, so hatte sie dagegen für ihn nicht ein Klappergeschrei emp-

findung; die ganze Geschichte war eine Tollheit vom Prinzen, der nun durchaus Fräulein Sirene zur Liebe zwingen wollte, und eine Intrige vom Hofmarschall, der sich nichts daraus machte, welche Rechte vom Hof wegzuschaffen, da statt ihrer seine Tochter Apollonia in ihre Stelle einrückte und so die schönste Gelegenheit bekam, den Stallmeister von Lustat zu erobern, der mit seinen blauen Augen, alchitränen Frähen und seiner Viertelmillion eine viel bessere Partie für Fräulein von Hunoldstein als für Fräulein von Orndorf war. Wenigstens behauptete Sirene, so verhalte sich die Sache; überdies habe sie den großen Fehler, schöner zu sein als die Herzogin und die Prinzessin, was beide Damen ihr nicht verzeihen könnten; auch leugnete sie nicht, den Hofmarschall einst mit einem Oaken, der auf den Hinterbeinen tanze, verglichen und sich über die Erwählung der Bastille laut dreht zu haben. Eine so gefährliche Person konnte ja nicht Hoffräulein bleiben, und sie selber mußte — wenn auch über das gegen sie verübte Unrecht empört — doch die Fahrt nach dem vermurhten Schloß ganz natürlich finden, welches jetzt da in der Nacht so hoch vor ihr emporkam. Der Wagen knarrte in den ausschweifenden Gleisen langsam heran; Wasser kam heruntergefließen, große Steine lagen im Hofsweg, über welche die Räder hinstolperten, mit Gefahr zu brechen, die Laternen waren verloschen, der lange Wenoch war abgestiegen, stapfte mit langen Stockschritten nebenher, stützte die Kalesche, wo sie umschlagen drohte, und stieß manchen Fluch aus über das rauhe Land und die einsame Gegend. Fräulein Sirene trippelte ungeduldig gegen den Boden des Wagens, die dicke Hofe war eingeschlafen, und Herr Euphrat Sublaa streckte alle fünf Minuten den Kopf aus dem Schloß, um verächtlich zu fragen: ob man noch nicht bald oben sei? — Dies heillose Rabenrausch ja gar kein Ende!

Gegen den grau bewölkten Himmel zeichneten sich die wunderlichen Umrisse der Burg mit ihren steilen Giebeln und hohen Dächern scharf ab. Weil alles überein schwarz war, schien sie ungebauer groß zu sein; auch die Berne wuchsen mit kolossalen Höhen und Breiten unermesslich in die Nacht hinaus. Nirgendes war sonst eine Menschenwohnung, nirgendes ein Licht zu entdecken, und der Gedanke: so hoch und einsam in der Wüste zu stehen, weit über allem Leben und Verkehr, hatte wirklich etwas Beängstigendes. — Endlich hörte man Stimmen und sah eine Laterne von der Höhe herabflattern. Es war der Beweiser, den man aus dem Heden Oberlein mitgenommen und vorausgeschickt hatte. Neben ihm ging der Hausnecht Schwirz aus der Burg, ein Riese, um einen Kopf höher als der lange Lakai Wenoch; er fragte mit ungläubiger Stimme: wo denn der Wagen sei? und nach wurde esal nicht zwischen die Pferde geraten? — Dummer Herr! —

wir ja! Macht Euch die Laterne oder die Knapf denn noch blind? — Der Knapf leuchtete in die Chaise hinein, so daß die beiden Schönen geblendet und schreiend aufstiegen, — dann klemmte er die Schulter gegen das Rad; der Führer und der Lakai schoben hinten; — so überwand der Wagen die letzten störrigen Hügel vor der Ringmauer und schwante durch das weit offene Tor auf den engen Burgplatz wo an einer hohen reiternen Treppe gehalten wurde. Einzelne spärlich erleuchtete Fenster zeigten die Unregelmäßigkeiten der Fassade, in der hohen, schmalen Tür fiel auch ein wankender Lichtstrahl auf eine Gruppe von Frauen, und die alte Sittdame, eine kleine, etwas verwachsene Figur in grauem Hauskleide und weißer Haube, kam eine Stufe herab, um ihre Rechte beim Aussteigen zu empfangen.

— Ach, welch ein armeliges Haus! — dachte Sirene, als die Tante sie durch den engen, düstern Gang in das Wohnzimmer geleitet und ihr daneben die beschriebene Kalesche gezeigt hatte, wo die Rechte sich unflätig behelfen sollte.

— Aber welch ein garliches Nest! — sagte die dicke Theodora zur düstern Haushälterin Walburga, welche mit ihr in der an die Küche stoßenden Wirtschaftsstube saß und vor Benterde brannte, von der redseligen Hofe die Abenteuer ihrer Herrschaft zu erfahren.

— Donner! Welch ein infamer Kasten! — schimpfte der lange Wenoch den Riesen Schwirz an, mit dem er beschäftigt war, die Koffer und Schachteln unter Dach zu schaffen. Nirgendes war rechter Platz. Der Wagen fand nur mühsam eine laum geschickte Stelle in einer halbhoffenen Scheune, durch deren verlöcherter Wand der Wind vom Gebirge her strich. Der Knapf fuhr bei Wenochs barstem Wort ängstlich zusammen und suchte ebenso furchtlos den großen Hund zu beschwichtigen, welcher den heftigen fremden Diener anstarrte.

— Best! Eine miserable Kutsche! — brummte Herr Euphrat, der eigentlich das beste Zimmer im Hause inne hatte, nämlich das, welches dem Grafen von Limburg-Saarnen für die seltenen Augenblicke seines Nixstrens reserviert blieb. — Nun, das verdrückt, abgefeigte Hofdamen habe ich alljährig in die Arme der Frau Tante geklettert. Und wenn ich nur erst — — — dann dachte er sich beruhigt in seinem Bedankstühle und schenkte sich ein frisches Glas Wasser ein. — den berühmten Grenztermin mit der Frau Gräfin von Dhaun abgeben habe, soll meines Gleibens in diesen oben Bergen und nicht einen Tag länger dauern — sondern allons! aufgepaßt, was hat du, was kannst du, wieder nach Zmeirbrücken?

Kontinuation folgt.

Der Dichter spricht nur aus, was Millionen empfinden, wenn er sagt:

Und wenn ich heut' ein Büchlein seh',
Eine junge Menschenblüte,
Mit dünnen Schülchen waten im Schnee
Und mit Augen so glanzlos und milde,

Und wenn ich dem klaffen, kleinen Mann
Mit seinen roten Zähnen
Sehe den Frost und den Hunger an
Und das Heim ohne Glanz und Märchen,

Dann wird mein deutsches Herz mit schwer,
Dies Herz, so leidgebüdig;
Ich schau' ins Aug' ihm und dent' ich mir'
Ihm eine Jugend schuldig.

Wir erfüllen deshalb nur unsere Pflicht, wenn wir aus vollem Herzen gern und reichlich unser Scherlein geben. Darum: Herzen und Tüchlein auf!

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Oktober auf 1024 (1249), die der Besucher auf 1054 (1267). Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 9 Personen. Mittig sind im Oktober 1045 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1148 (1326), darunter nach auswärtig schriftlich 54 (55). Von den Besuchern waren organisiert 674 (825) Personen, und zwar gewerkschaftlich 170, politisch 23, gewerkschaftlich und politisch 481. Unter den verbleibenden 980 Nichtorganisierten befinden sich 282 Angehörige von Organisationen und 34 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 618 (835) männlich, 419 (400) weiblich. Die Hauptgruppen nach Verteilung sind die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1013 (1196); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 24 (39); Organisationen 17 (32). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 933 (1126) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 50 (89), Oldenburg 33 (36), Medlenburg 7 (9), Preußen 8 (3), und sonstwo 3 (4). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 97 (138), Angestelltenversicherung 6 (1), Arbeits- und Dienstvertrag 115 (138), bürgerliches Recht 539 (613), Strafrecht 189 (144), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 147 (223), Vereins- und Versammlungsrecht 11 (11), Arbeiterbewegung 3 (1), Privatversicherung 3 (3), Handels- und Gewerkschaften 5 (2), Verchiedenes 33 (51). Von den Auskünften machten 257 (344) die Anfertigung von 417 (519) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 4 (7) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 210 (204) Postsendungen. Der 26. Oktober zeigte mit 75 (83) die höchste, der 16. Oktober mit 24 (26) die niedrigste Besucherzahl.

Zum Reichsnotopfer. Es erscheint sehr zweifelhaft, ob die Veranlagung des Reichsnotopfers bis zum 31. Dezember 1920 durchgeführt sein wird; das Gesetz bestimmt aber, daß selbstgezeichnete fünfprozentige Kriegsanleihe nur bis zum 31. Dezember 1920 zum Kennzettel auf das Reichsnotopfer an Zahlungsfähigkeit angenommen werden soll. Eine allgemeine Verlängerung dieser Frist ist nicht zu erwarten. Denjenigen Steuerpflichtigen, welche ihr Reichsnotopfer ganz oder teilweise in Kriegsanleihe entrichten wollen, kann daher nur empfohlen werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Veranlagung zum Reichsnotopfer erfolgt ist oder nicht, 1. die Höhe des Notopfers zu berechnen; 2. über diejenigen Kriegsanleihebestände, welche sie zur Deckung des Notopfers hingeben wollen, bei der Stelle, bei welcher sie die Anleihe gezeichnet haben, eine Bescheinigung darüber einzuholen, daß die Kriegsanleihe selbstgezeichnet ist; 3. von dem Finanzamt einen Antrag nach Muster 31 der Ausführungsbestimmungen zum Notopfergesetz einzuholen; 4. diesen Antrag nach Ausfüllung mit der Kriegsanleihe und der Bescheinigung über die Selbstgezeichnung der Finanzamtstafel einzureichen. Die Steuerberatungsstelle der hiesigen Handelskammer ist gern bereit, hierbei den Steuerpflichtigen behilflich zu sein.

Konferenz der Mieterkassenvereine der Provinz Lübeck. Am Sonntag, dem 28. November waren die Mieterkassenvereine der Provinz vollständig erschienen. Ebenso war von Lübeck der Vorstand und die Mieterkassen des Mieterkassenvereins, die Arbeitslosen-Gesellschaft und die Siedlungs-Gesellschaft vertreten. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion der Provinz war durch einen Abgeordneten vertreten. Herr Fromme hielt einen Vortrag, in welchem er die Aufgaben der Genossenschaften darlegte. Der Referent konnte in seinen Ausführungen nachweisen, daß es trotz aller Feindung und Schwierigkeiten möglich ist, Wohnungen zu errichten. Am Prinzip traten die Delegierten dafür ein, daß die Mieterkassenvereine der Provinz Lübeck mit dem Freistaat eine Einheitsorganisation bilden. In der Tätigkeit der Einigungsämter wurde scharf Kritik geübt. Verlangt wird, daß die Besitzer beim Mietvertragsaufbau durch die beteiligten Kreise der Hausbesitzer und der Mieter gemäßigt werden in der gleichen Weise, wie die Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten stattfinden.

Angrenzende Gebiete.

Cutis. Wohnungssteuer und Besteuerung des Mindesteinkommens. Dem Gemeinderat ist der Entwurf des Gesetzes einer Wohnungssteuer zugeworfen. Der Entwurf sieht eine gestaffelte Abgabe vor, die für den ersten überflüssigen Wohnraum 100 M., für den zweiten 200 M., den dritten 300 M., den vierten 400 M. und für jeden weiteren 1000 M. jährlich beantragt. Der Ertrag soll zur Beschaffung von Wohnungen oder zur Abtragung von Schulden, die für diesen Zweck gemacht sind, verwendet werden. In der Vorlage ist gesagt, daß der Maßstab in Kürze 3-400 000 M. für den Bau von drei Häusern mit je vier Wohnungen anfordern wird. Ferner beantragt der Magistrat, der Gemeinderat wolle für die Zeit April 1920/21 die Erhebung der Grund- und Gebäudesteuer bis zum fünften Betrag beschließen. Weiter ist eine Steuererhöhung über die Besteuerung des Mindesteinkommens vorgeschlagen. Steuerfrei sollen sein Einzelverdiener bis 6000 M. Einkommen, Eheleute ohne Kinder bis 7000 M., bei 1 und 2 Kindern bis 10 000 M., bei 3 und 4 Kindern bis 11 000 M., bei mehr als 4 Kindern bis 12 000 M.

Warenzoll. Der sozialdemokratische Verein hält am Sonntag, dem 4. Dezember, abends 8 Uhr in Schürdenbergs Gasthof eine wichtige Mitglieder-Versammlung ab. In die Tagesordnung außerordentlich wichtig ist, ist das Erreichen künftiger Mitglieder erforderlich.

Hamburg. Ein brauchbarer Berichterstatter. Bei der Firma Knapp, Schiffbau in Altona, waren Differenzen ausgebrochen, die am 26. November zum Streit führten. Am Sonntag, 27. November, fand im Streitfall eine Versammlung statt, wo ein Vertreter der Hamburger Geschäftsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes über die am Vormittag geschehenen Verhandlungen Bericht erstattete und über das weitere Vorgehen Bericht wurde. Mithin ergaben sich folgende Punkte, welche als Vertreter des Altonaer Gewerkschaftsrates vor und verlasen, zu den Beratungen zugelassen zu werden. Auf die Frage: Was er denn dabei zu suchen habe? erwiderte er: Wir wissen, daß hier ein Streit ausgebrochen ist und wollen wissen, was geschieht. Als ihm der ausübende Organisationsleiter sagte, daß er dies nichts anginge, sondern nur die Arbeiterchaft der betreffenden Firma und die Organisation, geriet der Herr in große Aufregung und erklärte: Wenn ich hier nicht handeln werde, werden die Altonaer Gewerkschaften am Montag früh den Streik erklären, falls der Streit noch andauert! Ob dieser offene Aufbruch zum Streikverbot wurde der Jungling nachdrücklich zum Behalten des Fokales aufgefordert. Aus Spitzel der Herr keinen Leuten und höchsten Trumpf aus, indem er bei als Berichterstatter der

Hamburger Volkszeitung namens Kettberg legitimiert. Er forderte nunmehr, in dieser Eigenschaft an der Versammlung teilzunehmen zu dürfen. Leider hätte ihm auch dieses Mittel nichts mehr. Die Versammlung war sehr empört über das unerhörte Auftreten dieses Verräters. Aber das ist nun einmal die „Diktatur des Proletariats“, wie die Bolschewisten sie verstehen.

Hamburg. Nord und Selbstmord. Der Kaufmann Einlein erschloß an der Bürgerweide, wo er sich ein Zimmer gemietet hatte, das zwanzigjährige Mädchen Erna Josef und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Er wurde schwer verletzt im Hafentrankenhaus geschafft, verweigert aber jede Auskunft über das Motiv zur Tat. — Ein Opfer seines Berufes wurde ein in einer mit Kaffee beladenen Schute beschäftigter Hafentarbeiter. Er stand auf dem Schutenrand, als das Seil des Krans, an dem eine Dose mit 16 Saad Kaffee hing, riß und belam die ganze Last auf den Kopf. Mit gebrochenen Gliedern und zertrümmertem Schädel brachten ihn vier seiner Kollegen mittels einer Barfasse ans Land und in behäuerntem Zustand ins Hafentrankenhaus. — Diebstahl. Vor einigen Tagen wurde eine 73jährige Dame im Hausflur eines Hauses in der Bispingstraße von einem Manne überfallen, der ihr einen Brillantohrering aus dem Ohr riß. Am anderen Tage kam ein Mann zu der Dame und gab an, er sei Kriminalbeamter und beauftragt, den zweiten Ohring zu holen, da man den Räuber gefasst habe und zu seiner Ueberführung des Ohringes bedürfte. Die Dame handigte ihm dem Manne auch aus. Später stellte es sich heraus, daß es sich nicht um einen Beamten gehandelt hatte, sondern um den Räuber selbst oder um seinen Helfershelfer.

Schwerin. 10 Schadenersatzklagen gegen den Leutnant Le Fort. Die Amtliche Beilage zum Regierungsblatt enthält unter den Amtlichen Anzeigen eine Oeffentliche Zustellung des Landgerichts Güstrow an den Leutnant Le Fort, „3. unbekannter Aufenthalt“. Nach der Anzeige klagen 10 Personen aus Waren gegen Le Fort wegen Schadenersatzanspruchs auf Grund der Behauptung, daß der Beflagte am 18. März 1920 gemeinsam mit anderen Personen die Stadt Waren mit Geschül belästigt, 5 Personen getötet, eine Reihe Personen verwundet und großen Sachschaden angerichtet habe. Die Erlassensprüche setzen sich aus einmaligen Zahlungen in Höhe von über 49 000 M. und laufenden Rentenansprüchen in Höhe von 28 200 M. jährlich zusammen. Die Kläger laden den Beflagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die Zweite Zivilkammer des Mecklenburgischen Landgerichts in Güstrow auf Montag, den 31. Januar 1921.

Theater und Musik.

Drittes Symphoniekonzert. Leiter Gustav Brecher. Zu den anerkannten bedeutenden deutschen Dirigenten gehört Gustav Brecher, der, jetzt erst 41 Jahre alt, seit 1903 in Hamburg, Köln und gegenwärtig in Frankfurt a. M. als erster Operkapellmeister wirkte. Er stammt aus Deutsch-Böhmen, kam früh nach Leipzig, wo er, 20jährig, 1899 seine schnell aufwärts führende Laufbahn begann. Auch als Komponist und Schriftsteller ist Brecher hervorgetreten. Am Montag lernte nun das Lübecker Publikum, das sich, wie in diesem Winter immer bei den Konzerten, sehr zahlreich eingefunden hatte, ihn kennen, und zwar als ebenso energische wie zielbewusste künstlerische Persönlichkeit. Seine Art, das Orchester zu führen, ist bestimmt, temperamentvoll, aber ohne überflüssige Körperbewegungen. Man erkennt sofort, hier steht ein Mann, der weiß, was er will. Er hat eine eigene Auffassung von den Werken, die er zur Wiedergabe bringt, und macht diese selbstverständlich geltend. Das ist ihm mehrfach veriließt worden; andere sehen darin einen Vorzug. Jedenfalls versteht Brecher die Hörer zu fesseln. Das war auch am Montag im Stadtheater in starkem Maße der Fall. Tchaikowskys Symphonie in C-moll, eines der bekanntesten Werke des großen Russen, reich an Intrigen und melodischen Schönheiten, kam überaus glanzvoll und fein ausgearbeitet zu Gehör. Besonders die Streicher konnten sich dabei herouten. Zu Richard Strauß hat Brecher alte, gute Beziehungen (er leitete schon 1900 über ihn). Sein Name fehlte denn auch nicht auf dem Programm. Die geniale symphonische Dichtung „Tod und Verklärung“, die noch aus der ersten Schaffensperiode Straußens stammt, gewann unter seiner Ausdeutung neue, hier noch unbekanntes Füge und Reize. Den Schluß des Konzerts bildete die lebensprägende, farbenfrohe Ouvertüre zum „Römischen Carnival“ von Hector Berlioz, die Brecher zu prächtigster Wirkung brachte. Ganz vortrefflich bewährte sich wieder unser Orchester, das an dem Erfolg des Konzerts in hohem Maße beteiligt war.

Reich und Ausland.

Ein Kriminalbeamter erschossen. Wie aus Goldap gemeldet wird, verhaftete ein Berliner Polizeileutnant auf der Straße Nikit-Insterburg einen der drei Millionenträuber aus Krefeld, namens Ren. Der Begleiter des Leutnants, ein Kriminalpolizist, wurde von Ren erschossen.

165 000 Mark geraubt. Auf der Grube III bei Sennitzberg schnitten Diebe die eiserne Rückwand des Geldschrankes heraus und stahlen 165 000 Mark.

Hohe Geldstrafen für Schmuggler. Das Wuchergericht in Glee verurteilte den Viehhändler Conrad aus Calcar, der verschuldet hatte, etwa 20 Schweine nach und nach über die holländische Grenze zu schaffen, zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe. Die Gutsbesitzerwitwe von den Lo aus Keelen, die ein Automobil und zwei Pferde über die Grenze geschmuggelt hatte, wurde zu zehn Tagen Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die wundertätige Witwe. Vor einigen Monaten hatte eine Frau Kompen in Aachen durch das Besitzen einer blutigen Oblate und eines Heiligenbildes eine starke Erregung unter den Katholiken der rheinischen Bevölkerung hervorgerufen. Montag hat nun gegen die „wundertätige“ Witwe ein Gerichtsverfahren wegen Fierschreibung stattgefunden, das mit der Verurteilung der Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe endete. Die Frau hatte, wie die Gerichtsverhandlung ergab, große Mengen von Eiern im Automobil nach Belgien verschoben.

Vermischtes.

Ein würdiges Denkmal für Geheimrat Ehrlich! Im Hinblick darauf, daß Ehrlich durch seine unermüdbaren Arbeiten, die zur Entdeckung des Salvarsans führten, ein Wohlthäter der Menschheit geworden ist, im Hinblick darauf, daß die Höchster Farbwerke, ihre Direktoren und Aktionäre durch Ehrlichs Salvarsan ein Vermögen verdienten, hat diese Firma sich entschlossen, Ehrlich ein würdiges Denkmal zu setzen. In diesem Zwecke hat sie als Marke für ihre sämtlichen Fabrikate das Patenkreuz beim Patentamt eintragen lassen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht es:

11. 252 352. 7. 17 551.

11/12 1919. **Fabrikwerke vorm. Meister Lucius & Brüning, A.-G.**
Göhr a. M. 189 1920.

Es geht alle Welt das Geheimnis, das den Namen seiner Erfinder trägt — Ehrlich ein Jude, das ein Japaner — zu Welt bringen hat, in die Welt mit dem antientwischen Begreiflichen!

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 30. November.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	30. Nov.	29. Nov.
Holland	100 fl.	2170
Kopenhagen	100 Kr.	960
Stockholm	100 Kr.	1865
Kristiania	100 Kr.	957 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	146 1/2
Schweiz	100 Frs.	1107 1/2
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	22
Budapest	100 K.	18 1/2
Prag	100 K.	85 1/2
Spanien	100 Pesetas	922 1/2
London	1 £	247 1/2
Paris	100 Frs.	481
Belgien	100 Frs.	455 1/2
Italien	100 Lire	260
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	—	70 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck	—	70 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tage	Stb.
Angelommen am 30. November.							
D.	Marx	Wittjer	Riel			1	
D.	Obin	Oberg	Stockholm			2	
D.	Erasmünde	Göhjens	Rostock			7	
D.	Hertha	Proß	Ralswiek			1	
D.	Äthlet	Dierfeld	Billau			3	
Angelommen am 1. Dezember.							
D.	S.	Seeleichter 54					
D.	Dahem	Baulsen	Königsberg			3	
D.	S.	Annalies	Hiermann	Risrebecksmünde		7	
D.	Thorobst	Betterson	Abu			3	
D.	Hildur	Hermannson	Göteborg			4	
Angelommen am 1. Dezember.							
D.	Hjelm	Rahmussen	Kopenhagen			1	
D.	Hilde	Hasselbusch	Kopenhagen			1	

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Deutsche Kinderhilfe.

Die Sammlung zum Besten der unterernährten und notleidenden Kinder, die Sonntag statifinden sollte, ist um 14 Tage verschoben worden. Es ist in Aussicht genommen, von der zusammenkommenden Summe der Sammlung 20 Proz. an das Hauptkomitee in Berlin abzuführen zur Unterstützung für die am meisten notleidenden Gebenden Deutschlands. Der Restbetrag soll in erster Linie zum Ausbau des Wöchnerinnen- und des Kinderheims verwandt werden, da diese Heime sich als viel zu klein erwiesen haben. In einer Betriebsversammlung des Hofsofenswerks haben nun die Arbeiter und Angestellten beschlossen, für diesen Zweck pro Mann 10 Mark zu stiften. Das Werk selbst hat sich bereit erklärt, die von den Arbeitern und Angestellten gesammelte Summe zu verdoppeln. Endlich hat Herr Generaldirektor Dr. Neumark die Stiftung einer Summe von 50 000 M. zugelagt. Diese Spenden werden gewiß allerseits warm begrüßt werden. Doch was bedeuten diese Summen gegenüber dem furchtbaren Elend der Kinder Deutschlands, gehen doch allein für die Erweiterungsarbeiten der Heime große Summen ab. Der Zweck dieser Feilen ist nun, folgende Anregung zu geben. Das Hofsofenwerk besitzt hier am Orte eine Zement- und Steinfabrik. Wie wäre es nun, wenn Herr Dr. Neumark noch ein Hebriges tun und die zu den Erweiterungsarbeiten der Heime benötigten Materialien an Steinen und Zement umsonst zur Verfügung stellen würde! Ich glaube, bei den enormen Uebelthäten, die diese Fabrik erzielt, wäre es ein Kleines, dieser Anregung zu entsprechen, zum mindesten würde aber doch eine Selbstkostenpreislieferung der Materialien möglich sein. Die sodann erparten Baustoffen könnten ihrem eigentlichen Zweck, der besseren Ernährung unserer Kinder, wieder zugeführt werden. Vielleicht findet sich auch noch ein Bauunternehmer, der die Ausführung der Erweiterungsarbeiten ohne Verdienst übernimmt. Herrn Generaldirektor Dr. Neumark würde der Dank der ganzen Bevölkerung gewiß sein.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46

Nicht nur 2 Tage,
sondern dauernd und zwar schon
seit 2 Monaten

kaufen Sie bei vielen hiesigen Geschäften und bei allen meinen **En gros-Abnehmern**, unter denen sich der größte Teil der hiesigen

Schneidermeister
befindet, 10240

Herrenstoff zu einem ganzen Anzug

Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
150 M.	200 M.	240 M.

Kommen Sie gegebenenfalls mit Ihrem Schneidermeister direkt ans En gros-Lager Schüsselbuden 13. Sie werden unter der sachgemäßen Beurteilung dieses Fachmanns besser und vorteilhafter kaufen als vom Häufeler und Wandlerager.

J. N. Stolterfoht.